

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 5,40 Mk., monatlich 1,80 Mk.,  
 frei ins Haus, vorausschickend. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 Monatlich, vom Posthalter abzuholen  
 1,80 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1,94 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 4.— Mk. für das übrige Ausland  
 5,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— Mk.  
 Postbestellungen nehmen an Däne-  
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
 und die Schweiz. Fingerringen in die  
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Rubrik „Politik“ kostet 20 Pf. für  
 10 Zeilen. „Kleine Anzeigen“, das  
 ist gedruckt Wort 30 Pf. (zählend  
 2 fertige Zeilen), jedes weitere  
 Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und  
 Stellenanzeigen das erste Wort  
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20 Pf.,  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gesellschaftliche Anzeigen 15 Pf. für  
 die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Postgeschäft, Berlin  
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben  
 werden. Schließt von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 24. September 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Sozialdemokraten in die Regierung?

## Bedingungen des Eintritts.

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der deutschen Sozialdemokratie haben gestern in gemeinsamer Sitzung, aber getrennter Abstimmung mit 55 gegen 10 und 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Parteigenossen in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen:

1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entscheidung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Vereidigungserklärung, einem Völkerverbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;
2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegro;
3. die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluss; sofortige Einführung der Zivildienstverwaltung in allen besetzten Gebieten, bei Friedensschluss sind die besetzten Länder frei zu geben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;
4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht, der preussische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhaus-Ausschusses hervorgeht;
5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteimehrheit entsprechen; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen;
6. sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden (Frage der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial, Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden, Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

bilden. Ob sie stark genug sind, um eine tragfähige Brücke für die gemeinsame Arbeit herzustellen, muß die nächste Zukunft erweisen.  
 Die sozialdemokratische Partei hat gezeigt, daß sie in jeder Beziehung dazu bereit ist, ihre Pflicht am Ganzen zu erfüllen, und sie hat auch gezeigt, wie sie das Gebot dieser Pflichterfüllung aufhebt. Im Interesse unseres Landes und unseres Volkes müssen wir wünschen, daß das sozialdemokratische Minimalprogramm recht bald Regierungsprogramm wird. Käme jedoch keine Einigung zustande, so würden wir, ohne den bürgerlichen Parteien aus ihren abweichenden Überzeugungen einen Vorwurf zu machen, feststellen müssen, daß der Plan einer rein parlamentarischen Regierung des Friedens und der nationalen Verteidigung eben an jenen abweichenden Anschauungen der bürgerlichen Parteien gescheitert sei. Volk und Geschichte würden dann zu entscheiden haben, wer von beiden Teilen das Gebot der Stunde erkannt, wer den richtigen Weg gewiesen hat.

Das deutsche Volk braucht die Sozialdemokratie und wird sie auch noch später brauchen. Darum hat unsere Partei das Recht, daran zu denken, daß sie sich nicht vorzeitig verdrängt, nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch, weil allein für sie ausschlaggebend sein kann, im Interesse des ganzen Volkes.

Der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion trafen am Montagvormittag im Reichstagsgebäude zusammen. Der Vorsitzende Ebert wies bei der Eröffnung der Sitzung auf die außerordentlich schwerwiegende Bedeutung der zu pflegenden Erörterungen und der zu fassenden Beschlüsse hin.

Ueber die politische Situation berichtete Genosse Scheidemann. Er bezeichnete als das einzige Erfreuliche in der Entwicklung der letzten Zeit, den vollständigen Zusammenbruch des prokaiserlichen Alldeutschtums. Wenn die Regierung Vertrauen nach außen gewinnen will, muß sie es zunächst nach innen gewinnen; hier steht es aber sehr schlecht aus. Ich weise nur hin auf die Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes und der Zensur und auf die Art und Weise, wie die Regierung bei der Wahlrechtskommission zugehört hat, ohne zur Auflösung zu scheitern. Die Beschlüsse darüber, daß in der Verwaltung andere Einflüsse maßgebend sind als die Zivilregierung, wollen nicht verkommen. So ist ein

#### Erlaß des Kriegsministers

erlassen, wonach Versammlungen verboten werden sollen, in denen für eine Verständigung auf Grundlage der Friedensresolution des Reichstags Propaganda gemacht wird. Wir haben beim Reichskanzler hiergegen energisch protestiert. Die Regierung ist gegenüber diesen Einflüssen viel zu schwach gewesen, sie hat alles Mögliche versucht, aber nicht die Kraft aufbringen können, um es durchzuführen. Man ist sich in der Reichstagsmehrheit ziemlich klar darüber, daß ein solcher Zustand die Erreichung des Friedens erschwert. Scheidemann gab dann vertrauliche Auskünfte über die Verhandlungen der letzten Zeit und sprach sich u. a. dafür aus, daß die Nationalisten nur dann in die Reichstagsmehrheit zugelassen werden können, wenn sie sich reiflos auf den Boden stellen, den die Mehrheit der Friedensresolution für den richtigen hält. Wie sollen wir uns nun

#### zu einer neuen Regierung

stellen? Doch wir der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen, haben wir durch Ablehnung des Staats bewiesen. Sollte unsere Beteiligung an der Regierung in Frage kommen, so erscheint uns die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstags und des Bundesrats sein könne, als eine der unumgänglichen Voraussetzungen. Im übrigen glauben wir, daß Mitglieder unserer Partei in dieser ersten und schwersten Zeit wohl in eine Regierung eintreten könnten, die den Frieden herbeiführen könnte oder, wenn dieser nicht zu haben ist, die nationale Verteidigung organisieren muß, natürlich unter ganz bestimmten Bedingungen. Im Vergleich zu der jetzigen Situation war all unsere Arbeit vor dem Kriege geringfügig. Ob eine parlamentarisch zusammengefasste Regierung den Frieden herbeiführen kann, wissen wir nicht. In einer solchen Regierung könnten wir natürlich ganz anders arbeiten, als wenn wir nur draußen ständen und kritisierten. Auf der einen Seite würden wir eine fürchterliche Verantwortung zu übernehmen haben. Aber in einer Situation, wie der jetzigen, dürfen wir uns der Verantwortung nicht entziehen, wenn auch nur die Spur von Wahrscheinlichkeit da ist, daß wir dem Norden ein Ende bereiten könnten. Ob eine solche Spur von Wahrscheinlichkeit vorliegt, das würde ich glatt behaupten, wenn die Sozialisten des feindlichen Auslandes dieselbe Politik machten wie wir. Aber davon bin ich leider nach all unseren Erlebnissen nicht überzeugt. Auf unsere Friedensinterpellation von 1915 hin taten die Sozialisten der Ententeländer nichts, das Friedensangebot von 1918 und die Friedensresolution von 1917 wurde in's Nichts und Spott ausgenommen und auch noch ebenso die Vorkriegs-Rote. Wir wissen allerdings zu wenig von den französischen und englischen Genossen, aber nach alledem, was wir bisher von ihnen erlebt haben, ist unsere Hoffnung sehr mäßig. Wir müssen also immer, in der Hoffnung, daß die Sozialisten dort doch etwas anderes tun, damit rechnen, daß wir uns voll-

ständig auf unseren eigenen Boden stellen und die Verantwortung voll übernehmen müssen. Uebrigens waren wir immer dann, wenn unsere militärische Situation am glänzendsten war, in beständiger Opposition, weil wir befürchteten, daß diese Situation ausgenutzt werden könnte, um die anderen besonders zu schädigen. Aber daraus ergibt sich für uns, daß auch wir uns zu wehren haben auf äußerste, damit es uns nicht so geht. Wir haben also die nationale Verteidigung zu organisieren, so lange der Frieden nicht zu haben ist.

Im Auslande behauptet man, mit der deutschen Regierung nicht verhandeln zu können, weil sie unselbständig und ihr Verhalten zweideutig sei. Weder kann man sich im Auslande auf gewisse Beispiele dafür berufen, so auf Brest-Litowsk und auf das Verhalten in der Wahlrechtsfrage. Man sagt im Auslande allerdings auch, daß der Ausschuss nicht die Macht habe, zu tun, was er wolle, denn wenn es diese Macht hätte, dann müßte er mindestens die Macht haben, eine Regierung einzuführen, die das will. Wir fordern prinzipiell vollständige Demokratisierung. Eine von dem demokratisch gewählten Reichstag bestellte Regierung würde

#### eine Volkregierung

sein, der wir grundsätzlich zustimmen müßten. Vom reinen Parteistandpunkt aus erscheint es sehr zweifelhaft, ob die Partei gewinnen kann, wenn Mitglieder von ihr in die Regierung eintreten. Zweifellos wird jeder Tag neuen Verdruß, neue Anfeindungen und Verleumdungen bringen und uns die Verantwortung für Dummheiten aufhalsen, an denen wir unschuldig sind, aber höher als alle Parteinteressen muß uns das Schicksal unseres Volkes, das Leben unserer Soldaten stehen, die draußen im härtesten Kampfe liegen, wo wir vielleicht die Möglichkeit hätten, den Krieg zu Ende zu bringen. Nach verständiger Erwägung allen Für und Wider glaubt der Parteivorstand, Ihnen eine glatte Ablehnung, sich an der Regierung allenfalls zu beteiligen, nicht empfehlen zu können, aber jedenfalls die Teilnahme abhängig zu machen von der Erfüllung bestimmter Bedingungen.

Eine wirkliche Parlamentarisierung kann sich natürlich nicht darauf beschränken, daß nur Staatssekretär- und Ministerposten mit Abgeordneten besetzt werden, sondern es müssen auch in andere höhere Verwaltungstellen Abgeordnete kommen, sonst ist es unmöglich, die diese Mauer der Bürokratie zu durchbrechen, und nicht nur im Reich, sondern auch für Preußen mit seiner Junkerverwaltung ist das unumgänglich wichtig. (Zustimmung.) Die Entscheidung des heutigen Tags wird von unabsehbarer Tragweite nicht nur für die Partei, sondern für das ganze Reich sein. Ueberlegen und erörtern Sie diese Frage gründlich!

In der darauf eingehenden sehr lebhaften

#### Ausprüche

forderte Hoch die Ergänzung der Forderungen dahin, daß zum deutschen Friedensprogramm die Stockholmer Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie gemacht und daß öffentliche Friedensverhandlungen gefordert werden. — Seine betonte die Notwendigkeit, durch ein festes bindendes Programm der Mehrheit zu verhindern, daß einzelne bürgerliche Abgeordnete dieser Parteien eine bei einer Aenderung der militärischen Lage wieder amerzionsistische Absichten machen. Jedenfalls ist eine Vorbedingung des Friedens, daß wir von einer Einmischung in die innere Politik Belgiens absehen, daß der Prinz von Hessen auf seine Thronkandidatur verzichtet und daß Politik treibende Militärs zurückberufen werden. — Weims-Magdeburg bezweifelte, daß trotz der kranken Notwendigkeit die Herrschenden in Preußen die Bedingungen der Sozialdemokratie selbst jetzt noch erfüllen werden. Nach dem Verlauf der vier Kriegsjahre könne man ihnen zutrauen, daß sie bis an den Rand des Verhängnisses gehen werden. — Koble sprach die Stimmung im Volke, wobei er u. a. darauf hinwies, wie sich der absolute Mangel an Politisierung unseres Volkes jetzt zeige. — Weerfeld betonte die Notwendigkeit, militärischen Einmischungsgefahren in die Politik und die Verwaltung einen sicheren Riegel vorzusetzen. — Cohen-Kreuz wies darauf hin, daß eine Verständigung mit den französischen Sozialisten durch Erklärung Elsaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat angestrebt werden müsse, und daß es dringend notwendig erscheint, den Brest-Litowsker Frieden noch während des Krieges zu revidieren, da sonst auf dem allgemeinen Friedenskongreß England und Frankreich sich als die Retter Rußlands mit Erfolg ausspielen würden. — Oberland betonte, daß die Genossen am Riederrhein sich gegen den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung unter den bekannten Bedingungen nicht absolut ablehnend verhalten. — Leinert gab der Forderung nach Einführung des gleichen Wahlrechts für alle Bundesstaaten durch den Reichstag den Vorzug vor dem Verlangen nach Auflösung des Landtags, die eine Neuauflage der Wahlrechtskommission nicht unbedingt verhindern würde. — Dr. Quast erklärte als das Gebot des Augenblicks die Beseitigung der Militärherrschaft.

In der Nachmittags-Sitzung lies ein Antrag Hoch ein:  
 Der Eintritt von Parteigenossen in die Regierung kann nur dann in Betracht kommen, wenn die Mehrheitsparteien und Regierungen sich öffentlich ausdrücklich und unbedingt auch für die Forderungen festlegen. Me in der Erklärung unserer Vertreter für die internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm enthalten und in den Verhandlungen mit dem Genossen Trotski berücksichtigt sind.  
 Ebert betonte den Standpunkt, daß wir keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß ein Frieden um jeden Preis unter keinen Umständen in Betracht kommen kann, sondern daß wir alle das Rechte

darin stehen müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes und des Volkes zu vertreten. (Sehr richtig!) Zur Sache selbst erklärt er, daß es für den Eintritt in ein Ministerium nur zwei Wege gäbe, entweder wir stellen ein Minimalprogramm auf, oder aber ein Maximalprogramm. Beim Minimalprogramm muß man prüfen, was möglich ist, und da darf man nicht übersehen, daß man in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien kooperiert und auf dem Wege der Verständigung das durchsetzen muß, was notwendig ist. Dann müsse man darauf Rücksicht nehmen, daß wie in Deutschland mit dem Zentrum zusammenarbeiten geübt sind. Bezüglich des Wahlrechts bedeute die Forderung die Aufhebung des Abgeordnetenhauses, wenn aus der Kommission des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht herauskommt. Pappe habe ihm erst jetzt wieder erklärt, daß Herleitung, wenn nicht baldigt aus dem Ausschuss des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht herauskommt,

#### zur Aufhebung

ihren will. Wollte man das Zentrum für das gleiche Wahlrecht haben, dann gehe es eben ohne Sicherungen in der Schul- und Kulturpolitik nicht ab. Auch im übrigen seien die Bedingungen, die der Vorstand vorschlägt, wohl durchdacht und den Verhältnissen entsprechend. Ueber das Wahlrecht werde eine Verständigung mit den übrigen Parteien und der Regierung möglich sein, wenn man bedenkt, daß man den Wagen nicht überspannen darf, dann werde man nicht Forderungen aufstellen dürfen, die Verhandlungen von vornherein zum Scheitern zu bringen. Wollte man nicht keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müsse man allerdings die Dinge laufen lassen, aber niemand könne doch der Meinung sein, daß solche Zustände wie in Rußland bei uns wünschenswert sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Rechte werfen und sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, um unsere Forderungen durchzusetzen. (Bravo!)

Erhebung schließt sich im allgemeinen den Ausführungen Obermann. Von der Stimmung dürfe man sich nicht leiten lassen, wenn auch die Stimmung ein Moment sei, allerdings nur ein, aber nicht das ausschlaggebende. Es komme jetzt nicht darauf an, ein möglichst weitgehendes Programm aufzustellen und den anderen Parteien und der Regierung mit dem Kommando: Folgt mir oder nicht! vorzulegen, sondern die Forderungen durchzuführen. Das werde seinen Einfluß auf das Ausland nicht verfehlen. Die Verantwortung für die weitere Entscheidung liege ausschließlich beim Zentrum. — Heinrich Schulz: Werde man Deutschland auf moderner Grundlage aufbauen, so werde man damit Friedensströmungen in den feindlichen Ländern stärken. Er glaube deshalb, daß man durch eine Beteiligung an der Regierung dem Frieden näher werde. — Landberg stellt für jetzt nicht die Möglichkeit, durch den Eintritt in das Ministerium einen wesentlichen Teil unserer politischen Grundgedanken durchzusetzen. Er ist deshalb dafür, daß wir uns jetzt zu einem bescheidenen Experiment nicht verheßen, sondern abwarten, bis uns bessere Bedingungen gestellt werden.

Feind trat dafür ein, unter den vorgeschlagenen Bedingungen an der Regierung teilzunehmen, da man sich nicht beiseite stellen und selbst ausweichen dürfe, gerade im Hinblick auf die Möglichkeiten künftiger Bewilligungen. — Weil unter dem Namen der Vertilgung einer schmalen Krone. Der Reichsanwalt habe die Begründungen, die er gegenüber der Reichstagsmehrheit bei seiner Ernennung eingebracht sei, in keiner Weise erfüllt. — Innerwärtigen untersuchte die Frage der Stärke der Partei und gab die Anregung, die wichtige Frage der Beteiligung an der Regierung der Entscheidung des Parteitag zu unterbreiten. — Ein Antrag Weiss-Schubert-Landberg lautet:

Fraktion und Parteiausdruck hatten die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung zurzeit nicht für tadellos. Otto Braun vom Parteivorstand wandte sich nachdrücklich dagegen, daß die Partei in der jetzigen Situation durch Beteiligung an der Regierung die Verantwortung übernehme. Er sprach sich besonders eingehend über den Stand der preussischen Verhältnisse aus, wobei er gleichfalls das Verhalten der Regierung auf das schärfste kritisierte. — Vogel-Rüchberg schloß sich der Erklärung eines Parteimitglieds an, — Abgeordneter erklärte sich gegen die Teilnahme an der Regierung in der jetzigen Zeit. Er sei nicht an der Regierung teilnehmen, während wir die Gewähr haben, daß unsere Forderungen durchgesetzt werden. — Emmel forderte schärfste Bestätigung dieser Forderungen. — Darauf bezog Obermann die vom Fraktionsvorstand in Aussicht genommene Formulierung der Bedingungen.

Davis polemisiert gegen Landberg und führt aus, daß die Annahme der vorgeschlagenen Bedingungen durch die Reichstagsmehrheit des Reichstags und das Zustandekommen einer Regierung auf dieser Grundlage bereits die Demokratisierung und die Volksherrschaft in Deutschland bedeute. Wir haben schließlich den politischen Grundgedanken zu verfolgen, daß man nicht die ganze Forderung auf einmal nehmen kann, sondern zunächst eine erreichbare Forderung erheben, um von ihr aus weiter zu operieren. Wenn in der Arbeiterschaft eine schwere Stimmung herrscht, so ist sie heranzuführen durch den inneren Stillstand. Daraus keine passivistische Politik, nicht ein Verzicht auf die Unabhängigkeit, sondern ein aktives Eintreten für die Demokratie!

Unter Zurückziehung des vorher erwähnten Antrags Weiss-Schubert-Landberg wird folgender Antrag von den gleichen Antragstellern eingebracht:

Die vom Vorstand in Aussicht genommene Bedingungen gegenüber der Fraktion und dem Parteiausdruck nicht für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung.

Obst stellt mit, daß in Süddeutschland eine große Erbitterung über Preußen herrsche, nicht über das preussische Volk, wohl aber über die Junker- und Militärkastei. Hiermit schloß die Debatte. In seinem Schlußwort erklärte Obermann: Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollen, daß das agitatorische Interesse der Partei für uns allein maßgebend sein muß, dann müsse man die ganze Sache ablehnen. Wenn man aber die Situation auszuweichen suchen wolle, zunächst unserer demokratischen Verfassungseinrichtungen, und wenn man glaube, daß der Zusammenbruch unseres Landes, d. h. auch der Zusammenbruch unserer Volksherrschaft und unseres Wirtschaftens, der Partei nicht gleichgültig sein könne, dann müsse man ernstlich prüfen, ob wir das Bogen auf uns nehmen können.

Hierauf wurde getrennt nach Körperschaften abgestimmt. Die Frage, ob man damit einverstanden ist, daß unter den vorgeschlagenen Bedingungen eventuell die Partei Vertreter in die Regierung entsende, wurde von der Fraktion mit 55 gegen 10 Stimmen, vom Ausschuss mit 25 gegen 11 Stimmen bejaht. Der Antrag Hoch wurde von beiden Körperschaften abgelehnt, von der Fraktion mit 45 gegen 9 Stimmen, vom Parteiausdruck mit 23 gegen 10 Stimmen.

Der Antrag Landberg ist dadurch erledigt. Ueber die Anregung, die endgültige Entscheidung dem Parteitag vorzubehalten, stimmte nur der Parteiausdruck ab. Er lehnte die Anregung mit Stimmengleichheit (19 gegen 19 Stimmen) ab. Damit war die Tagesordnung erledigt.

## Die Königsmache in Finnland.

### Finnische Regierung gegen „Vorwärts“.

RTB verbreitet ein Telegramm des Auswärtigen Amtes in Finnland, das sich gegen unsere Ausführungen vom 17. September richtet. Es wird darin behauptet, daß die Finnen begeisterte Monarchisten sind, und bestritten, daß sich die deutsche Geesellschaft in die Entscheidung eingemischt hätte. Von deutscher Seite sei kein Druck ausgeübt, vielmehr erklärt worden, daß dies eine eigene Angelegenheit der Finnen sei. Weiter heißt es wörtlich:

Sie die offizielle deutsche Presse haben allerdings, als sie ausdrücklich um ihre Meinung befragt wurden, ihre An-

## Kämpfe bei Epéhy — Feindliche Vorstöße gegen Hamont

Berlin, 23. September 1918, abends. Amtlich.

Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. September 1918. (RTB)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei örtlicher Unternehmung südlich von Neuve Chapelle machten wir Gefangene. Die Kräfteverhältnisse lebte zwischen Hyern und La Bassée, beiderseits der Scarpe und im Kanalabschnitt südlich von Marquion auf.

#### Geeresgruppe Boehn.

In den Abschnitten östlich und südlich von Epéhy sowie zwischen Omignon-Bach und der Somme nahm der Artilleriekampf am Nachmittage wieder größere Stärke an. In-samerikanische, die der Engländer gegen unsere Linien südlich von Epéhy richtete, wurden abgewiesen. Wie in den letzten Tagen geschah sich auch gestern die 2. Garde-Infanterie-Division besonders aus. Während der Nacht hielt starke Feuer-tätigkeit an; in nördlichen Abschnitten östlich von Epéhy sah die Feind in einzelnen Grabenstücken Fuß. Vorstöße kämpfte an der Dife.

#### Geeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Ailette und Aisne haute die Gefechts-tätigkeit gestern ab. Erkundungsgesche in der Champagne.

#### Geeresgruppe Gallwitz.

Zwischen der Oise-Lorraine und der Mosel war der Artilleriekampf am frühen Morgen zeitweilig gesteigert. Der Feind, der mit stärkeren Abteilungen gegen Hamont, südlich von Dampvilloutz und Rembecourt vorrückte und mit Erkundungsabteilungen mehrfach gegen unsere Stellung heranzückte, wurde abgewiesen. Westlich der Mosel schoben wir unsere Linie etwas vor.

Oberleutnant Voerger errang seinen 42., Leutnant Vacumer seinen 30. Ruhig.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 23. September. Amtlich wird verlautbart: Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

sicht von den Vorzügen der Monarchie nicht verheißt, aber wie es sich sehr gezeigt hat, ist dieser Umstand ohne Einfluss auf den Standpunkt der Republikaner geblieben. Die Anhänger der Monarchie, die sich in der Hauptsache aus den Parteien der Unionen und Schweden in ihrer Gesamtheit und einem großen Teil der Jungfrauen zusammensetzen, erklärten ihren monarchischen Standpunkt schon im Frühling, ehe noch irgendwelche Verhandlungen mit deutschen Kreisen über diese Angelegenheit stattgefunden hatten.

Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß gegenwärtig die überwältigende Mehrheit der Volksschichten, die im vergangenen Winter für die gesellige Staatsordnung kämpften, dem monarchischen Gedanken anhängt. Was die Wahl eines deutschen Fürsten anbelangt, betrifft dieselbe auf dem Gang der Ereignisse und der Gewinnung des Volkes. Finnland hat seine Selbständigkeit durch den deutschen Kampf und kräftige Unterstützung erhalten, und Deutschland hat Finnland seine Hilfe gewährt, als die Freiheit Finnlands im vergangenen Winter nochmals in Gefahr schwebte. Die Wahl eines deutschen Fürsten zum König von Finnland ist also eine natürliche Folge dieser Tatsache.

Ganz recht, die Monarchisten haben die Republikaner teils totgeschlagen, teils eingeperrt. Da dies zur Erreichung einer Mehrheit noch immer nicht ausreichte, sind sie zu den offiziellen Kreisen Deutschlands gelaufen und haben dann erklärt: „Deutschland ist mit uns. Deutschland will die Monarchie.“ So kam die „monarchistische Mehrheit“ zustande.

## Lansings halbe Stunde.

Wien, 22. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Manchester Guardian“ kritisiert die Antwort Amerikas. Die müsse in Potsdam Freude wecken. Deutschland werde nun sagen, daß Desterreich sehen könne, daß ihm sein Einkommen möglich sei und daß es nicht mehr zögern dürfe, Verstärkungen an die Westfront zu senden. Es heißt, daß Lansing binnen einer halben Stunde antwortete; das möchte für die Substanz der Antwort hureichen, aber hätte Lansing eine weitere halbe Stunde der Ueberlegung gewidmet, so hätte er gesehen, daß die Form hier kaum weniger wichtig ist als die Substanz. Wohl sei der Vorschlag Burians unannehmbar, da die Alliierten nicht auf eine Konferenz gehen könnten, ohne zu wissen, ob der Feind die von den Alliierten in wesentlichen Bestimmungen dargelegten Bedingungen als Disfatisfaktion annimmt. Aber nun können die Regierungen Deutschlands und Desterreichs ihren Bälkern sagen, daß Wilson Verhandlungen überhaupt verwerfe. Lansings halbe Stunde hat für Hindenburg mehr Wert als ein Armeekorps.

Der „Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß Amerika übrigens seine Absichten keineswegs genügend klar machte, beispielsweise bezüglich Desterreichs, wo man nicht weiß, ob es unter Autonomie Beschlagung oder Föderalisierung versteht. Der „Manchester Guardian“ folgert die Notwendigkeit einheitlicher Diplomatie. Die amerikanischen Staatsmänner, welche in komplizierten Europa-Affären unermüdlich unterrichtet seien, hätten einiges zu lernen. Der „Manchester Guardian“ publiziert alsdann ein Gespräch mit Thomas, welches mit Vorstehendem fast gleichlautend ist. Darin heißt es: Desterreich habe recht mit der Bemerkung, daß die Staatsmänner aneinander vorbeiredeten. Die alliierten Regierungen müßten ihre Kriegsziele popularisieren und den Völkern verständlich machen.

## Bulgarien für Burians Vorschlag.

Die Antwortnote der bulgarischen Regierung auf den österreichisch-ungarischen Vorschlag hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Die königliche Regierung hat mit lebhafter Befriedigung die Note vom 11. 9. aufgenommen, durch die Eure Excellenz alle kriegsführenden Staaten eingeladen hat, zu einem unmittelbaren Gedanken-austausch zu streiten über die Mittel, dem Krieg ein Ende zu setzen und die Eintracht zwischen den in dem gegenwärtigen Weltbrand verwickelten Völkern wiederherzustellen. Diese Anregung entspricht vollkommen ebenso für den Verleugung des bulgarischen Volkes wie den Ansichten seiner Regierung. Ich beziehe mich daher, Eure Excellenz mitzuteilen, daß Bulgarien bereit ist, Delegierte zu entsenden behufs Bülhung-

nahme mit den kriegsführenden Staaten und, wenn sich eine Möglichkeit bietet, behufs regelrechter Verhandlungen.

Bulgarien ist um so geneigter, an Schritten teilzunehmen, die den Zweck verfolgen, die Völker einem Einvernehmen näher zu bringen, das den Frieden herbeizuführen geeignet wäre, als es in diesem Kriege nur Ansprüche erhebt, deren Grundzüge schließlich allgemeine Zustimmung gefunden haben. Treu dem demokratischen Ideal der Gerechtigkeit und der Freiheit, an das und die Ueberlieferungen unserer Väter, der Geist unserer politischen Verfassung und alle Hilfsquellen unseres öffentlichen Lebens binden, streben wir weder nach Eroberung von fremden Volksstämmen bewohnter Provinzen, noch nach Herstellung einer Vorherrschaft über unsere Nachbarn.

### Unsere Kriegsziele

lassen sich einzig und ausschließlich zusammen in der Festigung unserer Sicherheit und in der Verwirklichung der Einheit unseres Volkes in ethnographischen Grenzen, die ihm die Geschichte zugewiesen hat und die durch aus der Entscheidung der Großmächte geflossene Akte in der Vergangenheit wiederholt sanktioniert worden sind. Diese Formel datiert nicht von heute. Jedesmal, wenn die Völkerverträge zur Sprache gekommen ist, sei es vor dem großen diplomatischen Gerichtshof von Europa, sei es in den Beratungen der interessierten Völker selbst, hat sich Bulgarien unverändertlich auf den Boden der Nationalität gestellt. Heute wie gestern verlangen wir nichts über das hinaus, was uns die tatsächliche Ausbreitung unseres Volkstammes verbürgt.

Indem wir die auf solche Weise formulierten Ansprüche unseres Volkes verfolgen, haben wir das Bewußtsein, nicht bloß an der Schaffung einer billigen und dauerhaften Ordnung im europäischen Orient mitzuwirken, sondern auch unseren lokalen Beitrag zur Gründung jener Gesellschaft der Nationen zu leisten, nach der die Stimmen der zivilisierten Völker immer gebieterischer klingen. In diesem Gedankengang glauben wir die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika geäußerte Ansicht über die Notwendigkeit, die Konflikte der Völkerverträge nach dem Recht der Nationalitäten zu regeln, bevorzugen zu müssen. Nachdem die Verbandsmächte wiederholt öffentlich dem Gedanken des Präsidenten Wilson zugestimmt haben, hat Bulgarien allen Grund zu schätzen, daß die Regierungen dieser Mächte gegen seine Ansprüche keinerlei grundsätzliche Einwände erheben können. Indem wir also die Ueberzeugung guter Ergebnisse, daß zwischen den im Kriege befindlichen Staaten eine Annäherung möglich ist, teilen, hegen wir die Hoffnung, daß der Schritt der L. und L. Regierung dazu dienen wird, das Ende des ungeheuren Krieges, der die Menschheit in Trauer versetzt, zu beschleunigen und die Organisation eines internationalen Lebens zu fördern, das auf den edlen Grundgedanken beruht, deren Herauskauf die maßgebendsten Stimmen unter den großen Nationen gefordert haben und die triumphieren zu sehen, Bulgarien ganz besonders glücklich wäre.

## Kabinettskrise in Japan.

Tokio, 22. September. (Reuter.) Das Kabinett ist juristischeren.

Der Rücktritt des Kabinetts Terouki wurde schon vor einigen Wochen angekündigt, und zwar damals in Verbindung mit Unruhen in den Reisgebieten. Wie alle Kabinettsstürze der letzten Jahre wird aber auch diese neueste japanische Regierungskrise ihre Bedeutung aus dem gefürchteten verdrängenden Gewebe ausländischer Ereignisse empfangen.

Es konnte kein Zweifel der Stärke für das Ministerium, das jetzt seinen Platz räumt, werden, daß Japan in der Interventionsaktion, in die es plötzlich halb willig, halb gezwungen hineingelassen, immerhin ein nicht geringes Stück der politischen Handlungsfreiheit aufgab, die es sich bisher während des Weltkrieges zu sichern gewußt hatte. In den chinesischen Angelegenheiten müht sich aus, was Japan weggezählt hat.

Wenn Japans Ertrag des Weltkriegs in bezug auf Ostasien sich bisher darin zeigte, daß es in Bezug zur Vormacht und England entsprechend an eine zweite Stelle zurückgedrängt wurde, so löst die leithin eingetroffene Nachricht, daß England sich als Vermittler in den inneren Wirren Chinas gemeldet habe, erkennen, daß Japans günstig gewordene Position nunmehr wieder empfindlich bedroht ist.

Der Einmischung der Alliierten in Ostibirien ist die Einmischung in China logisch gefolgt. Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur meinte leithin, es verlautete noch nichts, wer dort die Rolle des Exekutivorgans übernehmen werde. Ist das japanische Kabinett im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die Befestigung dieses Postens gestürzt?

## Ein Pressebund gegen Clemenceau.

Paris, 22. September. Die französischen Zeitungen „France Libre“, „Gazette“, „Revue“, „Humanité“, „Journal“, „Peuple“, „Lanterne“, „Eclair“, „Populaire“, „Paris“ und „Deuxième“ haben sich unter dem Namen „Demokratischer Presseverband von Paris, der französischen Departements und Kolonien“ zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die gemeinschaftlich gegen die unter dem gegenwärtigen Regime mögliche Diktatur der Verleumdung ankämpfen will. Es wird Schaffung von Rechtsparagrafen zur Bestrafung der Verleumdung verlangt.

Es handelt sich bei diesem Pressebund also insbesondere um eine Organisation zur Erlämpfung der bürgerlichen Pressefreiheit. Wie uns gemeldet wird, existiert ein Manifest, das aufs schärfste die Kriegsjuristerei angreift, das Wort Anatole Frances: „Frankreich trägt eine Vinde um die Augen und einen Anebel im Mund!“

## Abermals Attentate gegen Sowjetmitglieder.

### Massenverhaftungen in Samara.

Moskau, 21. September. (Meldung des Wiener k. k. Tel. Korrespondenz.) Auf Mitglieder der Sowjetregierung sind wieder Attentate erfolgt, die neue Repressiv-Maßregeln zur Folge haben.

Moskau, 21. September. (RTA) In Samara nimmt der Terror der Gegenrevolutionäre zu, 12000 Mann sind verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich 37 Frauen, Ehefrauen der verhafteten Bolschewiki. Von diesen wurden 16 Frauen erschossen. Die übrigen sind zum Strang verurteilt worden. Eingezogen wird anscheinlich die arme Bevölkerung deren Hab und Gut gleichzeitig der Konfiskation unterliegt. Die letzten Nachrichten melden, daß die Geistlichkeit sich weigert, die erschossenen Soldaten der Roten Armee zu beerdigen

# Eisenbahnkatastrophe in Dresden-Neustadt. 31 Tote, 59 Verletzte.

Sonntag abend 10 Uhr fuhr der Leipzig-Dresdener D-Zug kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Dresden-Neustadt auf den dort haltenden Berlin-Wiener D-Zug auf. Mehrere Wagen des Berliner Zuges wurden zertrümmert. Von den Fahrgästen sind 31 getötet, 30 schwer und 29 leicht verletzt.

Dazu wird uns von amtlicher Stelle gemeldet: Das Eisenbahnunglück, das sich Sonntag abend 10 Uhr 6 Minuten auf der viergleisigen Hauptbahnstrecke Leipzig-Dresden kurz vor dem Bahnhof Dresden-Neustadt ereignete, hat sich leider als

einer der schwersten Unglücksfälle herausgestellt, von denen bisher die Sächsische Staatseisenbahnverwaltung betroffen worden ist. Der Vorgang ist nach den bisherigen Ergebnissen der amtlichen Erörterung folgender gewesen: Der von Leipzig über Döbeln nach Dresden verkehrende Personenzug 1513 (fahrplanmäßig 9 Uhr 28 Minuten in Dresden-Neustadt) erlitt am Einfahrtssignal des Bahnhofes Dresden-Neustadt einen Lokomotivschaden, so daß er nach vollendeter Einfahrt liegen blieb. Dadurch kam der von Berlin kommende D-Zug 196 (fahrplanmäßig 9 Uhr 58 Minuten in Dresden-Neustadt) vor dem vorausliegenden Block Nr. 30 zum Halten. Seine letzten Wagen standen in der Nähe der Brücke über den Rieser Platz. Auf diese Wagen fuhr der aus Leipzig kommende D-Zug 13 (fahrplanmäßig 10 Uhr 08 Minuten in Dresden-Neustadt) auf. Darüber, wie es möglich war, daß der Führer des D-Zuges 13 in die vom Berliner Zug besetzte Blockstrecke einfuhr, obwohl die Strecke den unmittelbar nach dem Unfall angestellten amtlichen Ermittlungen zufolge gesperrt war, können erst die im Gange befindlichen weiteren Erörterungen endgültigen Aufschluß geben. Die Geschwindigkeit des Leipziger Zuges war zwar schon infolge der Warnstellung des Vorfahrsignals etwas ermäßigt worden, jedoch noch groß genug, um eine

verhängnisvolle Wirkung auszuüben. Von den Reisenden des Leipziger Zuges sind glücklicherweise nur wenige, und auch diese nur leicht verletzt worden, dagegen sind im Berliner Zuge, von dessen Wagen mehrere vollständig zertrümmert wurden, 31 Reisende getötet und 30 schwer verwundet worden. Als leicht verletzt sind bisher 29 Personen ermittelt worden. Die Namensfeststellung ist noch nicht beendet.

Die Dresdener Feuerwehr und der Eisenbahnhilfszug waren nach ganz kurzer Zeit zur Stelle, mehrere Ärzte traten sofort in Tätigkeit, ebenso leisteten Beamte der städtischen Wohlfahrtspolizei wertvolle Hilfe. Die Unfallstelle wurde von Polizeibeamten und durch die vom Generalkommando befohlenen Mannschaften abgeperrt. Die schwer Verwundeten wurden sofort in Krankenautomobilen in das Friedrichstädter Krankenhaus übergeführt. Bei der Schwierigkeit des Rettungswerkes konnten die letzten Verwundeten leider erst um 1/2 Uhr morgens geborgen werden.

Bis jetzt konnten nur erst festgestellt werden als getötet: Frau Kapellmeister Bembaur-Dresden, Frau und Tochter des Lokomotivführers Gähler-Dresden, als schwer verwundet: Soldat Paul Deiwitz-Groß-Schönau bei Bittau, Schütze Erich Stanz-Dresden-Neustadt, Soldat Karl Lüß aus Klötchen, Garnisonverwaltungsinspektor Kästner-Dresden, Frieda Schuster aus Bühlau, Major Koch-Magdeburg, Sergeant Sander-Dresden, Johanna Gröndel-Friedrichshagen, Direktor Korneke-Berlin, Anna Berlin aus Schweden, Zigarrengeschäftsinhaber Karl Börez-Dresden, Reinhard Seifert-Dresden, Vater Richard Bernhard-Dresden, Beamter Berthold Kelsch-Berlin, Kaufmann Hugo Hermann-Dresden, Bismarckmeister von Crayn-Berlin-Grunewald, Karl Sobel-Berlin, Zivilingenieur Georg Ludwig und Frau-Berlin-Legel, Ulrich v. Veyring-Roßdam, Frau Kellin-Dresden, Baumeister Schümichen-Dresden, Frau Direktor Reh-Weidwitz, Helene Ortman-Dresden, Georg Bey-Dresden, Frieda Mädiget-Dresden.

## Groß-Berlin

### Wohnungsmangel und Mieterschutz.

Zur Bekämpfung des Wohnungsmangels und zur Erhöhung des Mieterschutzes sind gestern zwei neue Bundesratsverordnungen beschlossen worden. Sie werden in aller nächster Zeit veröffentlicht und treten dann sofort in Kraft. Aus dem Inhalt wurden und beim Staatskommissar für das Wohnungswesen durch Ministerialdirektor Gönge einige Mitteilungen gemacht.

Die Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel bringt nicht die sogenannte Zivileinquartierung, die mancher Inhaber einer allzu reichlichen Wohnung befürchtete. Aber sie will den unter den jetzigen Verhältnissen unerträglichen Zustand beseitigen, daß ein Hauseigentümer eine Wohnung absichtlich leer stehen läßt oder sie sonstige ihrer Bestimmung entzieht. Die Gemeindebehörden werden ermächtigt, für unbenutzte Wohnungen eine Anzeigepflicht anzuordnen. Als unbenutzt gelten nur Wohnungen, die wirklich leer stehen. Der Gedanke einer Wohnungsrationierung ist abgelehnt worden. Wohnungen von Personen, die ins feindliche Ausland gezogen sind, gelten als unbenutzt. Die Gemeinde selber darf die unbenutzten Wohnungen erfassen und ihrem Zweck zuführen, indem sie Wohnungssuchende an die betreffenden Eigentümer weist. Kommt eine Einigung zwischen ihnen nicht zustande, so entscheidet das Mieteinigungsamt. Wenn der Wohnungssuchende nicht Einpruch dagegen erhebt, gilt hiermit der Vertrag als geschlossen. Die Gemeinde kann anordnen, daß Räume, die bis 1. Oktober 1918 als Wohnungen vermietet waren, nicht ohne ihre Erlaubnis zu anderen Zwecken verwendet werden dürfen. Das richtet sich hauptsächlich gegen die Kriegsgesellschaften, die manchmal ganze Wohnhäuser ausmieten. Versagt werden darf aber die Erlaubnis nur dann, wenn das Mieteinigungsamt zustimmt. Für Abbruch von Wohngebäuden oder von Teilen solcher kann die Gemeinde eine Genehmigungspflicht einführen. Sie kann, wenn nötig, auch die Herrichtung von Räumen für Wohnzwecke ausführen.

## Wählerversammlung in Berlin I.

Eine öffentliche Wählerversammlung, einberufen von der Sozialdemokratischen Partei, findet Mittwoch, den 25. September, abends 8 Uhr, in Havellands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, statt. Referent ist der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Hugo Heiman.

Das Wahlbureau der Sozialdemokratischen Partei befindet sich Lindenstr. 3 im Bezirkssekretariat Groß-Berlin. Adresse: Th. Fischer, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, Telefon Amt Moritzplatz 364.

Zum Schutz der Mieter wird die Mieterschutzverordnung vom vorigen Jahre fortentwickelt. Die neue Verordnung schafft Klarheit darüber, daß man das Mietscheinigungsamt bei allen Kündigungen, nicht bloß bei solchen mit Mietsteigerungen, anrufen kann. Dasselbe gilt für Mietverhältnisse, die ohne Kündigung vereinbart sind; eine Umgehung des Mietscheinigungsamts wäre also hier nicht mehr möglich. Die Anrufung des Einigungsamts muß „unverzüglich“ geschehen, doch ist keine bestimmte Frist fest-

## An der Front gilt die Tat. Die Tat der Heimat heißt: Kriegsanleihe zeichnen!

gelegt. Wichtig ist, daß die bisher oft von schändlichen Wirten verweigerte Erlaubnis zur Abvermietung durch das Einigungsamt ausgesprochen werden kann. Auch bei Neubermietungen kann Zustimmung des Einigungsamts angedrungen werden, falls nach Meinung der Zentralbehörde in dem betreffenden Gebiet besonderer Wohnungsmangel herrscht. Wo diese Voraussetzung angenommen wird, kann die Gemeindebehörde für Vermietungen zu höherem Preis als zu dem bis 1. Juni 1917 gegählten die Anzeigepflicht einführen. Gilt sie den neuen Mietpreis für zu hoch, so legt sie die Sache dem Mietscheinigungsamt vor. Dieses kann die Miete selbst dann, wenn die Parteien sich für einig erklären, auf eine angemessene Höhe herabsetzen. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat durch Erlaß an die Regierungspräsidenten noch einige Winke darüber gegeben, wie die Verordnung auszuführen ist. Das Wort „zum Schutz der Mieter“ sei nicht so aufzufassen, daß immer zu ihren Gunsten entschieden werden müsse. Bei Beurteilung einer Mietsteigerung sei auf die Mehrung der Hauskosten, aber auch auf die Lage des Mieters Rücksicht zu nehmen. Wegen Kinderreichtums dürfe keine Familie schikaniert werden. Die Zentralbehörde kann für Bezirke mit besonderem Wohnungsmangel anordnen, daß überhaupt nur mit Erlaubnis des Mietscheinigungsamts gekündigt werden darf. Eine entsprechende Bestimmung trifft auch Verträge ohne Kündigung. Darin liegt eine Art Genehmigungszwang, der aber im übrigen abgelehnt worden ist.

Ministerialdirektor Gönge betonte, daß der Staatskommissar für das Wohnungswesen sorgfältig erwohnen hat, ob neben den Interessen der Mieter auch die der Hauseigentümer genügend berücksichtigt sind. Andererseits glaube er, daß die Einschränkung weitgehender Befugnisse an die Gemeinden, wie sie durch diese Verordnungen festgesetzt wird, besonders segensreich sein werde. Das wird, meinen wir, sehr davon abhängen, welcher Geist die Gemeindeverwaltungen erfüllt. Nur zu oft herrscht da die Anschauung, daß die Grundeigentümer die wichtigste Stütze der Gemeinde seien. Daß die Gemeinden die meisten dieser wahrhaftig nicht weitgehenden Maßregeln nur treffen „können“, nicht müssen, ist ohnedies ein bedenklicher Mangel.

### Vollversammlung der Berliner Handwerkskammer.

Die Handwerkskammer, die gestern im Landeshause zu einer Vollversammlung zusammentrat, stellte u. a. zur Hebung und Förderung des handwerklichen Lehrlingswesens folgende Leit- und Richtsätze auf, deren Befolgung sie den Lehrherren dringend empfiehlt: 1. a) die in den einzelnen Handwerken bisher übliche Lehrzeit soll unter Berücksichtigung des erreichten Ausbildungsgrades mit Genehmigung des Vorstandes der Handwerkskammer mehr als bisher gekürzt werden; b) besonders soll den in Kriegsbetrieben mit praktischer Arbeit beschäftigt gemeinlichen Jugendlichen die dort verbrachte Zeit je nach Lage der Verhältnisse ganz oder zum Teil auf die Lehrzeit angerechnet werden; c) die gleiche Vergütung ist denjenigen Lehrlingen zu gewähren, welche ihre Lehrzeit wegen Einberufung zum Heeresdienst nicht zu Ende führen konnten und nach ihrer Entlassung vom Militär weiterlernen wollen. 2. Eine den Feuerungsverhältnissen und der Geldentwertung angemessene Erhöhung des Kostgeldes (Lohnes) ist eine unerlässliche Notwendigkeit. Die Vollversammlung empfiehlt daher, das Kostgeld (den Lohn) um mindestens 100 Proz. zu erhöhen. Dabei empfiehlt sie eine besondere Berücksichtigung der unter Ziffer 1 Buchstabe b und c bezeichneten Personen. 3. Zur Durchführung der Maßnahmen unter Ziffer 1 ist besonders darauf zu achten, daß durch die Beschäftigung der Lehrlinge mit untergeordneten und häuslichen Arbeiten deren Ausbildung nicht beeinträchtigt wird. 4. Den Lehrherren wird dringend empfohlen, die Kosten für die Einschreibung der Lehrlinge in die Lehrlingsrolle der Innung oder der Handwerkskammer, der Gesellenprüfung sowie der Fach- und Fortbildungsschule zu übernehmen und dies im Lehrvertrage festzusetzen.

### Die Staudeschule ein Nährmichnichtan!

Den Abbau der Vorkulen in Groß-Berlin anzubahnen, hatte die Berliner Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre den Magistrat ersucht. Durch Verhandlungen mit den Vororten sollte Berlin darauf hinwirken, daß die Groß-Berliner Gemeinden in dieser Frage sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigten. Jetzt muß der Magistrat den Stadtverordneten mitteilen, daß in einer Besprechung mit Vorortvertretern eine Einigung über die Abschaffung der Vorkulen nicht zu erzielen war. „Es besteht“, sagt er in einer Vorlage zur Kenntnisnahme, „insbesondere in den westlichen Vororten keine Neigung zu diesem Schritt, und in absehbarer Zeit dürfte keine Aussicht auf Verwirklichung eines gemeinsamen Vorgehens bestehen.“ Das läßt sich denken, daß besonders die von Wohlhabenden bewohnten Vororte des Westens ihre Vorkulen nicht aufgeben wollen. Gerade dort gedeiht diese als Staudeschule anzusehende Schuleinrichtung am fruchtbarsten, weil die Wohlhabenden für ihre Kinder die Volksschule ablehnen. Die Beliebtheit der Vorkulen gründet sich zum Teil auch darauf, daß ihren Schülern der Übergang auf höhere Lehranstalten sehr viel leichter als den Volksschülern gemacht wird. Von ihr könnte man fast sagen: Sie schafft freie Bahn jedem — Unfähigen.

### Doppelte Fleischration der Selbstversorger.

Entsprechend der vom 1. August ab erfolgten Verringerung der wöchentlichen Fleischration für die versorgungsberechtigten Bevölkerung hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts durch Verordnung vom 20. September auch die Sätze für die Selbstversorger festgesetzt, so daß ein Selbstversorger in Zukunft 400 Gramm

Schlachtviehfleisch, gleichviel welcher Art, oder Wildbret in der Woche für sich verbrauchen darf. Die Neuregelung tritt mit dem 25. September in Kraft. Für Hauschlachtungen, die vor diesem Zeitpunkt vorgenommen sind, verbleibt es bei den bisherigen Anrechnungsbestimmungen.

### Berliner Lebensmittel.

Der vom 1. Oktober ab seinen Zucker von einem anderen Kleinhändler als bisher beziehen will, muß die Anmeldung bis zum 25. September einfr. bewirken. Die Kleinhändler sind verpflichtet, die Kontrollabschnitte derjenigen Zuckerarten, mit welchen ein Wechsel des Kleinhändlers vorgenommen werden soll, den Bezugsberechtigten herauszugeben. Diese Kontrollabschnitte sind denjenigen Kleinhändlern, welche vom 1. Oktober ab Zucker liefern sollen, zu übergeben.

Räseverteilung. Bis Sonnabend, den 28. September, wird an diejenigen Kunden, die in den Preisverteilungskontrolllisten der in den Bezirken der 103., 101., 204. und 213. Volksmitteln gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

### Kleine Anfrage.

In Berliner und Vorort-Zeitungen findet man schon seit längerer Zeit folgendes Inserat:

Kantabak, belgisch, kein Ersatz, Rolle 1,50, wieder in jedem Quantum abzugeben, L's Restaurant, Pantlitz usw. Ist der Preis von 1,50 M. für eine Rolle Kantabak normal oder wucherlich?

H. K. W. G.

Der Ruberverein „Vorwärts“ veranstaltete am Sonntag sein diesjähriges Überdauern, verbunden mit einem Danerudauern. Unter reger Beteiligung seiner Mitglieder und der Rubervereine „Freiheit“ und „Kollonia“ gingen insgesamt 19 Boote über die 10,5 Kilometer - Strecke Oberlößnitz-Weißer-Ragelstich. Die Ergebnisse der Wettfahrt waren folgende: 1. Einer mit Steuermann: 1. R. B. „Freiheit“; Zeit: 61 Min. 09 Sec. 2. Doppelmotor: 1. R. B. „Vorwärts“; Zeit: 55 Min. 44 Sec. 3. Kleinmotor für Anfänger (Herren): 1. R. B. „Vorwärts“; Zeit: 52 Min. 33 Sec. 4. Kleinmotor für Damen: 1. R. B. „Vorwärts“; Zeit: 60 Min. 20 Sec. 5. Doppelmotor für Damen: 1. R. B. „Vorwärts“; Zeit: 53 Min. 22 Sec. 6. Doppelmotor für Herren (Senioren): 1. R. B. „Vorwärts“; Zeit: 45 Min. 20 Sec.

Im Kiele-Theater geht am heutigen Dienstag zum ersten Male Hebbels „Maria Magdalena“ in Szene. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen: Maria Krauß, Hanna Kiehl, und den Herren: Hans Helmuth, Bernhard Reußlich, Otto Kiehl, Hans Hart. Regie: Otto Kiehl. Beginn: nachmittags 3 1/2 Uhr.

Ein Berliner Schutzmann als Schleichhändlerhauptling verhaftet. Auf dem Bahnhof Paulinense wurde dieser Tage eine aus sechs Personen bestehende Gesellschaft festgehalten, die einen riesigen Kieflord durch die Perronsperre zu schaffen versuchte. Der Bahnbeamte bemerkte jedoch, daß durch den Kord Blut hindurchfloss. Nach Öffnung desselben fand man ein halbes Kind. Die sechs Personen wurden nun verhaftet und gaben an, daß sie bei einem Bauern eine Kuh gelaut und an Ort und Stelle abgeschlachtet hätten. Die eine Hälfte des Fleisches wollten sie nach Berlin schaffen, die andere Hälfte hatten sie vergraben, um sie dann später abzuholen. Das Haupt der Bande ist ein Berliner Schutzmann.

Der Detektiv als Erpresser. Ein Kaufmann aus Berlin W erhielt einen Brief, der ihn des Vergehens gegen einen gewissen Paragrafen des Strafgesetzbuches fälschlich beschuldigte. Der Schreiber drohte ihm an, daß er seine Verleumdungen in seinem ganzen Bekannten- und Geschäftskreise verbreiten werde, wenn er ihm nicht sofort 1000 Mark zukommen lasse. Der Kaufmann ging zu einem Detektiv. Der Leiter dieser Anstalt war krank, sein Vertreter aber begann seine Tätigkeit damit, daß er sich einen großen Vorkauf geben ließ. Es dauerte nicht lange, da erhielt der Kaufmann einen mit der Maschine geschriebenen Brief, der ihm 1000 M. an einer bestimmten Stelle niederlege. Auch mit diesem Briefe ging der Mann zum Detektiv. Der erbat und erhielt einen neuen Vorkauf und sorgte, wie er versicherte, fleißig weiter nach, bis die Kriminalpolizei ihn wegen einer Straftat selbst festnahm. Zur Aufklärung dieser Straftat befragte die Beamten den Kaufmann. Dabei fanden sie zu ihrer Ueberraschung den Entwurf zu dem zweiten Erpresserbriefe, den der Kaufmann erhalten hatte. Der Detektiv hatte die von einem anderen eingeleitete Erpressung statt sie aufzuklären, kurzerhand fortgesetzt und auch schon einen dritten Brief fertig. Nach seiner Entlassung wurde auch der Schreiber des ersten Briefes von der Kriminalpolizei ermittelt.

Wilmerdorf. Lebensmittel. Fortgesetzt wird bis einschl. Freitag, den 27. September der Verkauf von 50 Gramm Feigwaren (Wasserware) und 50 Gramm Wozgentrank auf Abschnitt 61 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Ferner gelangen in der Woche vom 23. bis 29. September zur Ausgabe: auf Abschnitt 57 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Auslandsmarmelade und auf Abschnitt 62 derselben Karte 100 Gramm Graupen. Auf die Abschnitte 10 und 11 der roten Haushaltungsbekanntgabe kann in der Zeit vom 24. September bis 12. Oktober je ein Dutzend Sektstöff entnommen werden. — Von Montag, den 23. September an berechtigt zum Bezug von 1/2 Pfund Deringer oder frischen Fischen bzw. 1/4 Pfund Räucherwaren außer dem Buchstaben B der grauen Bezugskarte für Einzelpersonen auch Buchstabe M der grauen Bezugskarte für Einzelpersonen (8. Ausgabe). Buchstabe A der grauen Bezugskarte für Einzelpersonen verliert mit Ablauf des 21. September seine Gültigkeit. Für die Woche vom 23. bis 29. September dürfen auf die Hauptkartoffelkarte 7 Pfund Kartoffeln entnommen werden.

Mariendorf. Heringverkauf. Die Gemeinde verkauft Salberinge auf die Rn. 10 001—15 000 im Gemeindegelände Chaussee-straße 87 und auf die Rn. 15 001—17 000 und 1—3000 im Gemeindegelände Chaussee-straße 283. Auf die Rn. 3001—3000 gibt es Heringe bei Schwarzbach, Chaussee-Str. 36. Der Verkauf für Südbende ist im Gemeindegelände Steglitzer Straße 24. Verkauf ist auf die Rn. 2001—3500 und Rn. 1—2000. Auf jede Lebensmittelkarte entfällt ein Hering (55 Pf.). Der Verkauf findet in obigen Läden bis zum 26. d. M. statt. Wer die Ware bis zum 30. d. M. nicht abholt, verliert das Bezugsrecht.

Britz. Lebensmittel. In der Woche vom 23. bis 29. September gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf die Groß-Berliner Lebensmittelkarte, Abschnitt 61, 50 Gramm und 50 Gramm Suppen, auf die Britz Lebensmittelkarte, Abschnitt 42, 1 Pfund Nostisch für Haushaltungen bis 4 Personen, 2 Pfund Nostisch für Haushaltungen über 4 Personen; Abschnitt 43 1 Pfund Scholle in Gelee, je Haushaltung, soweit Vorrat; Abschnitt 44 100 Gramm Fuddingpulver, je Haushaltung, soweit Vorrat; Abschnitt 45 10 Stück Bouillonwärfel oder 100 Gramm Knochenbrühwürfelmasse, je Haushalt; Abschnitt 46 Sonderverteilung. Auf Abschnitt 7 der Tierkarte wird ein Ei je Person verabfolgt (Auslandsware).

Lichtenberg. Nahrungszug. Von Sonnabend, den 21. bis Mittwoch, den 25. September, findet die Veranmeldung zum Bezug von Baumwollnähfäden auf Abschnitt 274 und von Leinwandnähfäden, Strick- und Stopfgarn auf Abschnitt 275 der Lichtenberger Lebensmittelkarte statt. Es entfallen auf je 2 Personen eine Rolle Baumwollnähfäden und auf je 3 Personen entweder ein Bidel Leinwandnähfäden oder 2 Bidel Stopfgarn zu je 5 Gramm



Im Augenblick des Absturzes.

Von Franz Haufer.

Ueber die Empfindungen beim Absturz sind in weiten Kreisen vielfach recht eigenartige Anschauungen vertreten. Zumeist recht törichte und phantastische Vermutungen. Man glaubt verschiedentlich immer noch, daß während des Absturzes aus großen Höhen blitzschnell sein ganzes Leben laienhaftigartig in der Gedankenwelt des Fallenden vorüberzieht, daß ihm die Bilder von besonders liebgeordneten Personen vor Augen stehen oder er sogar ihre Stimmen zu hören meint. Andere wieder nehmen an, daß in den Sekunden des Falles alle Gedankenwelt ausgeschaltet ist, und der Abstürzende in einer Art Bewußtlosigkeit aus den Höhen in die Tiefe geschleudert wird. Allerdings wird nach einem wirklichen Absturz kaum noch einer der Beteiligten in der Lage sein, die Gedanken zu schildern, die ihn in diesen so lang erscheinenden Sekunden bewegten, weil eben Abstürze zumeist auch Todesstürze sind, aber von jenen, die absturzähnliche Unfälle überstanden, wissen wir einiges zu erzählen, woraus zu erkennen ist, daß all die Vermutungen in weiteren Kreisen über die Empfindungen während des Absturzes — man möchte sogar: glücklicherweise — unzutreffend erscheinen.

Das freie Herabstürzen des menschlichen Körpers aus großen Höhen ist vielfach bei Ballonbesuchern mehr der Fall als bei Fliegern, die ja zumeist noch im Flugzeug verbleiben, wodurch die Fallgeschwindigkeit begrenzenderweise vermindert wird, wenn nicht gerade die Inzassen des Flugzeuges aus demselben herausgeschleudert werden. Der Ballonbesucher aber hat nach seinem Abspringen vom Korbrande einen größeren Luftwiderstand, ehe sich der zusammengeschaltene Fallschirm voll entfaltet, und die Geschwindigkeit des Sturzes bis zu einem gleichmäßigen Schweben dadurch herabgemindert wird. Aber auch selbst in den Augenblicken dieses anfänglichen Durchfallens verliert nach den gemachten Beobachtungen der Betreffende in keiner Weise die Besinnung, vielmehr verfolgt er noch im Falle genau die Vorgänge auf der Erde, trifft in aller Ruhe Vorbereitungen zum Landen auf dem Boden und hat keinerlei ungewöhnliche Empfindungen; daß die Ballonbesucher während des Absturzes vielfach eine bequemere Lage des Umhüllungsgerätes bezeichnen, die Handschuhe an- und ausziehen, die Brille vor Windblößen hochziehen können, — alles sind Handlungen, die erkennen lassen, daß in diesen Augenblicken volle Herrschaft vorhanden und keinerlei unauflösliches Arbeiten der Phantasie, vielmehr Rückdenken und kühne Berechnung aller Möglichkeiten zu beobachten sind. Ja, von einigen Ballonbesuchern wird sogar das Gefühl des Herabstürzens als ein angenehmes und beschwichtigendes erklärt, auch die Sekunden des anfänglichen Durchfallens lassen ruhige Ueberlegung nicht vermissen, man beobachtet vielmehr scharf das langsame Sichentfallen des Fallschirms.

Allerdings sind hierbei die Fallgeschwindigkeiten wesentlich andere als die eines abstürzenden oder im Sturzflug befindlichen Flugzeuges. Oftmals muß ein Frontflieger im Luftkampf einen Sturzflug mit voller Motorleistung anwenden, um sich der Uebermacht seiner Gegner zu entziehen oder nach einem zeitweiligen Ausweichen wieder neue Angriffe einzuleiten. Und gerade während eines solchen Sturzfluges, bei dem man eine Stundenleistung von 240 Kilometern und mehr erreichen kann, ist die Gedankenwelt des Fliegers besonders scharf konzentriert, kann von einer Störung des Bewußtseins in keiner Weise die Rede sein. Die hierbei entwickelte Fallgeschwindigkeit ist eine solche, daß man von absturzähnlichen Empfindungen sprechen kann; und hierbei zeigt es sich so recht, daß der Geist des Fliegers besonders scharf in diesen Augenblicken arbeitet, daß für gemittelte Lebensbilder und Erinnerungen die Gedankenwelt keinen Raum hat, man vielmehr in aller Ruhe die Möglichkeiten in den Augenblicken der Gefahr bedenkt, gewissermaßen unwillkürlich, in der Notwendigkeit der Selbsthaltung. Einen Mangel an Herben bedeutet es, wenn ein Flieger diese Pflicht der Selbsthaltung durch unnützes Draufgängertum in ausschweifenden Situationen oder durch unruhiges und unangenehmes Arbeiten erleben will. In jedem Flieger hat sich eben eine Energie herangebildet, die auch in den Augenblicken des Absturzes nicht verfliegt, vielmehr seine Gedanken einzig und allein der Frage zuwenden: Wie bekomme ich die Maschine wieder zum richtigen Arbeiten?

Es gibt zahlreiche Beispiele, nach denen Ueberlebende nach einem Absturz über die während der grauenhaften Augenblicke beobachteten Empfindungen berichten. In einzelnen Fällen hat der Beobachter sich als Flugzeugführer betätigt, nachdem sein Flugzeugführer erschossen war, infolge des Anschallens nicht auf die

Steuerung fiel und diese nicht behinderte; trotz der rasenden Geschwindigkeit des Absturzes gelang es dem Beobachter, über die Leiche seines Führers hinwegzureisen, die Steuerung zu erfassen und ein Wiederauffangen des Flugzeuges und eine wenn auch verunglückte Landung zu erreichen. Aber auch andere Fälle sind bekannt, in denen Flieger trotz geschlossener Hände und schwerer Bauchschüsse das Flugzeug auf eigenem Terrain zur Landung brachten, nachdem es anfangs eine absturzähnliche Geschwindigkeit gezeigt hatte. Verschiedentlich kommt es auch vor, daß ein Flieger erst einige Zeit nach dem Luftkampf die hierbei erlittenen Verletzungen infolge des ausströmenden Blutes bemerkt, während dieser Zeit ruhig weiter geflogen ist und selbst nach zeitweisem Aussetzen des Bewußtseins infolge des Blutverlustes immer wieder sein Flugzeug zum richtigen Arbeiten bringt, bis es den Heimatboden erreicht hat. In letzter Zeit wurden in englischen Blättern Bilder verbreitet, wonach ein englisches Flugzeug, dessen Flugzeugführer und Beobachter im Luftkampf gefallen waren, noch etwa 50 Meilen weit allein geflogen sei, bis es gewissermaßen selbsttätig nach Erschöpfen des Benzinvorrates sich zu Boden senkte; bei einem gut stabilisierten abgemessenen Flugzeug ist die Möglichkeit hierfür durchaus gegeben, wenn die Steuerfähigkeit desselben nicht behindert ist, doch wird in diesem Falle von einer glatten Landung selbstverständlich nicht gesprochen werden können.

In Fliegerkreisen besteht auf Grund der gemachten Erfahrungen durchaus die Ansicht, daß der Flieger beim Absturz — soweit es sich nicht um schwere Schwerkverletzungen und starken Blutverlust handelt — mit vollem Bewußtsein in die Tiefe stürzt und vielleich erst beim Aufschlag getötet wird. Persönliche Erinnerungen lassen die Richtigkeit dieser Ansicht bestätigen. Bei einer schweren Sturzlandung, die ihren Grund in dem geschlossenen Höhenmesser hatte, war stets der Gedanke ausschlaggebend: Wie verhalte ich mich beim Aufschlag? Und die hierzu getroffenen Vorbereitungen — Hochziehen der Glasbrille, Hochziehen der Peine, krampfhaftes Festhalten am Steuerrod und ein gewisses Mitschütteln des Körpers beim Aufschlag — sind Zeichen dafür, wie ruhig und sicher der Geist in solchen Sekunden arbeitet, daß ein Ausweichen des Bewußtseins durchaus nicht der Fall ist. Noch härter zeigt sich dieser Zustand bei einem sogenannten Abrutschen der motorstarken Maschine, — wobei diese in unglaublicher Geschwindigkeit herunterwirbelt: alles Denken des Fliegers ist darauf gerichtet, die Maschine wieder zum Aufliegen zu bringen, die Steuerung nach allen Richtungen hin zu versuchen, durch rasches Betätigen des Gashebels eine Veränderung in der Absturzgeschwindigkeit zu erzielen, bis sich endlich ein Nachlassen dieser rasenden Geschwindigkeit, ein Gefühl des Raumens, bemerkbar macht und das Flugzeug sich fast wie durch ein Wunder fängt. Allerdings sind auch die Fälle nicht vereinzelt, in denen sich ein Flieger über die Empfindungen während des Absturzes und die Vorformnisse vor demselben später keine Erinnerungen machen kann; möglich, daß Verwirrung der Gehirnzellen, Nervendruck, dazu beigetragen haben, diese Erinnerungen vollständig aus seinem Gedächtnis zu verwischen.

Wenn nicht gerade schwere Verletzungen eine gewisse Bewußtlosigkeit zeitigen, so kann gesagt werden, daß bei Abstürzen die Gedankenwelt des Fliegers keinerlei phantastische Erscheinungen, sondern vielmehr kühle Berechnung aller Möglichkeiten, ein sicheres Arbeiten von Geist und Energie zeigt. Es heißt eben hierbei: die Augen offen und die Nerven ruhig zu halten; so viele, fast Todesfürge gleiche Anfälle haben infolge dieses Umstandes doch noch dank des wohlüberlegten Vorgehens des Fliegers einen glücklichen Ausgang genommen.

Baku und seine „Schwarze Stadt“.

Die Erdölstadt Baku, die die Engländer jetzt „geräumt“ haben, liegt in einer trostlosen öden Gegend; von Pflanzenwuchs ist nicht die Rede, mittellos brennt die Sonne im Sommer mit tropischer Glut auf den nackten Boden nieder, und schon aus der Ferne macht sich das Erdöl, dem die Stadt ihren gewaltigen Aufschwung verdankt, bemerkbar: der jede Gestalt erfüllt weit herum die Luft; nähert man sich dem eigentlichen Erdölgebiete, so ist der Boden feucht und klebrig von Erdöl, ja alles, was man in die Hand nimmt, fühlt sich heftig vom Petroleum an. Troy dieser Trostlosigkeit ist Baku nicht vollkommen ohne Reiz; besonders von der Wasserseite her genährt die Stadt, die amphitheatralisch aufsteigt, einen ganz reizvollen Anblick, namentlich abends. Prof. C. Keller (Bairisch) hat die Halbinsel Kischeron, auf der die Stadt der Vorküste steht, einmal folgendermaßen beschrieben: Aus der Ferne gesehen, machen die Tausende von Vorkürmen etwa den Eindruck eines Kypressenwaldes, mehr in der Nähe glaubt man einem mit Ozean bedeckten Felde gegenüberzustehen. Auch anderen Reisenden hat sich

angefächelt der zahlreichen Türme das Bild eines Waldes, manchmal sogar eines verbrannten Waldes, aufgedrängt.

Die Stadt Baku selbst stellt ein merkwürdiges Gemisch von Morgenland und Abendland dar. In mancher Hinsicht wirkt sie geradezu amerikanisch. In unglaublich kurzer Zeit hat die eingeborene Bevölkerung vor ihren Augen allerhand fremde Dinge aus dem Westen wachsen sehen: erstaunlich breite Straßen, wie sie die großen Städte des Westens haben, ganze Viertel aus riesigen Steinhäusern bestehend, Warenlager, große Industriewerke, Straßenbahnen, Gasleitungen, Wasserleitungen, elektrische Anlagen — all dies haben die westlichen Techniker und Kaufleute geschaffen. Inmitten der abendländisch eingerichteten Stadt liegt, westlich von der ehemaligen Festung und noch heute zum großen Teile von einer hochragenden Mauer umschlossen, die an die 300 Jahre alt ist, die Tatarenstadt. In ihrer Mitte steht auf einem Hügel der alte Abdankpalast und der Bazar, in dem die Erzeugnisse des östlichen Kunstgewerbes feilgeboten werden. Diese Tatarenstadt ist vollkommen asiatisch.

Keine drei Kilometer südlich vom eigentlichen Baku liegt Tschorny Gorod, die Schwarze Stadt, die Stadt, wo das Erdöl verarbeitet wird. An der Spitze der Erdölgewinnung selbst finden sich nebeneinander noch die alle Art des Handbetriebes, bei dem die grünlich-schwarze Erdölbrühe mit Eisen geschöpft und auf Dampfkesseln fortgeschickt wird, und die Gewinnung durch moderne Vorkürme; in der Schwarzen Stadt aber werden ausschließlich die Erzeugnisse der Technik angewandt. Ein Netzwerk von Röhren schafft das ungeräumte Erdöl in die „Schwarze Stadt“. Hier wird es in unübersehbaren Reihen von Röhren durch Destillation in Gasolin, Benzin, Petroleum usw. zerlegt. Der Betrieb hat eine so ungeheure Ausdehnung, daß man förmlich verirrt wird. Einen angenehmen Gegenatz zu dieser Stille des Lärms und Gestanks bildet die „Villa Petrol“ der Nobelwerke und ihre Umgebung am Meeresstrand, ein Erholungsort für die Angestellten der Petroleumwerke, der mühsam der Natur abgerungen ist. Es ist der Gartenbaukunst gelungen, hier am Meere einen herrlichen Park mit prächtigen Baumbestand aus dem Boden zu zaubern.

Strodtmanns Stiefel.

In unseren Tagen, wo die Schuhe einem jeden so viel Sorgen bereiten, dürfte es angebracht sein, an eine Stiefelgeschichte zu erinnern, die Karl Schurz in seinen Lebenserinnerungen erzählt. Es war 1850, als der Revolutionär noch in Paris lebte. Dort war er mit dem Schriftsteller Strodtmann befreundet gewesen, mit dem er sogar eine Zeitung ein Zimmer geteilt hatte, bis beide einsehen, daß sie ihrer Anordentlichkeit wegen auf einem so engen Raume nicht beisammen bleiben könnten. Sie trafen aber gute Freunde und eines Tages erschien Strodtmann mit einem ungewöhnlich ersten Gesicht bei Schurz. „Ich habe nur ein Paar Stiefel“, sagte er. „Einer davon ist noch ziemlich gut, aber der andere, heißt du“, und dabei deutete er auf seinen rechten Fuß, „der andere geht ganz aus den Nähten. Hast du nicht einen Stiefel übrig, den du mir leihen kannst?“ Schurz beschloß in der Tat noch ein zweites Paar, aber von diesem war der eine Stiefel ebenfalls schon schadhaft. Da der andere noch brauchbar war, freilich er ihn seinem Freund zur Verfügung. Als dieser sofort den Austausch vornehmen wollte, stellte es sich heraus, daß die beiden brauchbaren Stiefel — der von Strodtmann und der von Schurz — zwei verschiedenen Paaren angehörten, indem der eine an den Füßen angelagert, der andere breit abgekantet war, und daß zudem beide für den linken Fuß berechnet waren. Diese unglücklichen Umstände führten Strodtmann durchaus nicht, und er ging mehrere Tage lang in den beiden linken Stiefeln, von denen der eine spitz, der andere breit war, ruhig umher, bis sein eigenes Fußzeug die nötige Reparatur erfahren hatte.

Notizen.

— Im 2. Konzert der Freien Volkshäuser (Sonntag, den 23. Sept., mittags 12 Uhr) werden Frau Wanda Landowolska (Cembalo und Klavier) und Prof. Emil Prill (Violine) alte Pastoralmusik zum Vortrag bringen.  
— Im Leising-Museum liest Donnerstag Ferdinand Gregori Dichtungen „aus der Jugendzeit“. Volkstümliche Lieber neuerer Meister singt Anne von Ledebauer.  
— Abßen wieder in Mode. Im Theater in der Königsgräber Straße werden in dieser Spielzeit die Lehmann- und Irene Tietz wieder gemeinsam unter einer künstlerischen Leitung wirken. Es gelangen zur Aufführung: „Womit wir Toten erwachen“, „Die Stützen der Gesellschaft“, „Kodmorsholm“ und „Die Wildente“.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Fragen Sie, bitte, Max, ob ich auch nur eine Stunde Zeit für mich übrig habe. Von fünf Uhr früh bis ich auf den Beinen bis spät in die Nacht. Bist ja ein Kind, Anka, schau mich doch mal an.“

Sie blickte zu ihm auf. In ihren Augen lag aber Trauer, und die Lippen zuckten nervös.

„In zwei Wochen komme ich wieder, gut?“ sagte er rasch, um sie zu trösten.

„Gut, ich danke dir. Aber, wenn die Fabrik darunter leiden sollte, dann verzichte ich schon lieber auf den Besuch. Ich werde auch die Sehnsucht ertragen können. Es ist ja nicht das erste Mal.“

„Aber das letzte Mal, Anka. Der Monat vergeht rasch, und dann...“

„Und dann?“

„Dann werden wir schon immer zusammenbleiben. Bangt es meinem goldigen Kind davor?“ fragte er zärtlich. Vergnügt irte sie wie im Traum mit ihren Augen über die weiten, grünen Kornfelder.

„Sind wir schon da?“ flüsterte Anka, als sie den Wagen und die Pferde auf der Chaussee erblickte.

„Schade, daß wir schon da sind.“ sagte Max traurig. Die riesige rote Sonne senkte sich in der grauen Himmelsfläche über den Wald herab und goh rötliche, violette umänderte Nebel über die Felder.

„Na also, fährt mit Gott! Laßt euch noch einmal umarmen, Jungens. Herr Max, Herr Baum, Verehrtester, lieb haben wir Sie gewonnen, wie einen Unstrigen.“

„Vielen Dank. Ich muß gestehen, daß ich noch nie im Leben in einer so netten Gesellschaft gewesen bin. Vielen Dank für Ihre Gastfreundschaft, vergessen Sie mich bitte nicht...“

„Max Baum, eine solide Firma, gewährt sechsmonatlichen Kredit.“ sagte Karl lachend und verabschiedete sich von allen.

Max verstummte. Er war wütend und so verwirrt, daß er Anka mindestens zehnmal die Hände küßte, den alten Baronsweck umarmte und auch dem Pfarrer die Hand küßte, was diesen so rührte, daß er ihn auf die Stirn küßte und segnete. Sie stiegen in den Wagen, der im Trab davonfuhr.

Max schaute sich lange nach der hellen Gestalt Ankas um, setzte sich, als sie in der Ferne verschwand, und sagte ärgerlich: „Du mußt mich aber auch immer lächerlich machen.“

„Um dich zu ernüchtern. Ich mag es nicht, wenn sich einer mit meinem Weine berauscht, und dazu noch in meinem eigenen Haus.“

Beide verstummten.

II.

„Habt ihr Sonntags bei Malkinowski gespielt, Blumenfeld?“

„Ja, ich erzähl's gleich.“ erwiderte Blumenfeld und ging zum Schalter, um einen Kunden abzufertigen.

Stach Wilezel freudig sich schmerzhaft und ging ans Fenster, um auf die Straße hinauszuschauen. Die Piotrkowerstraße hallte vom alltäglichen Lärm wieder. Die riesigen Lastwagen posterten so kräftig auf dem Pflaster, daß die mit einem Messingnetz bedeckten Schalterhebeln, an denen sich die Kunden drängten, erzitterten.

„Was habt ihr gespielt?“ fragte wieder Wilezel.

Blumenfeld fuhr sich mit der mageren, nervösen Hand über das goldblonde Haar, und seine blauen Augen musterten einen kleinen Juden, der in der Mitte des Kontors sich nach allen Seiten herumdrehte.

„Rechts ist die Kaffe!“ rief Blumenfeld, sich zum Schalter hinausbeugend. „Ein Stück aus der Eis-Moll-Sonate von Beethoven haben wir gespielt. Es ging so gut, wie noch nie. Malkinowski war...“

„Blumenfeld, Konto Etäner und Bereh?“ rief man ihm von einem Ende des Kontors zu.

„Hier, siebzehn, fünf. Bis zu sechstausend belastet.“ antwortete Blumenfeld rasch, nach Prüfung des Registers.

„Dann verjuchten wir das, was ich der kurzem komponiert habe.“ er summete leise vor sich hin.

„Blumenfeld ans Telephon.“

Er brach ab und lief sofort hin. Als er zurückkam, warteten schon zwei Kunden vor seinem Schalter. Sobald sie abgefertigt waren, begann er Posten in ein großes Buch einzutragen und klopfte die Melodie seiner Komposition unwillkürlich mit den Fingern auf den Tisch.

„Hast du lange daran geschrieben?“  
„Ein Jahr beinahe. Komm' Sonntags herüber, dann kannst du's hören, alle drei Teile. Zwei Jahre meines Lebens würde ich hergeben, wenn ich das Werk von einem

guten Orchester aufgeführt hören könnte. Das halbe Leben würde ich hergeben.“

Wilezel begann jetzt auch zu schreiben. Ein leises Flüstern erhob sich im Kontor, Bihe flogen von Schalter zu Schalter, manchmal plägte ein Gelächter los und verstummte, sobald die Eingangstür knarrte, oder das Telephon klingelte, oder die Teegläser klirrten. Die Angestellten tranken nämlich für gewöhnlich im Bureau ihren Tee, den sie sich über einer Gasflamme in der Ecke des Kontors kochten.

„Still, meine Herren, der Alte ist vorgefahren!“ erklang eine warnende Stimme.

Sofort verstummten alle und blickten auf Großglück, der aus dem Wagen gestiegen war und sich mit einem Herrn unterhielt.

„Angelmann, suche heute um Urlaub nach. Der Alte ist gut gelaunt, er lacht.“ flüsterte Wilezel seinem Nachbar zu.

„Gestern sagt' ich's ihm schon. Er meinte: nach der Bilanz.“

„Herr Steimann, erinnern Sie ihn heute an die Gratifikation.“

Großglück trat ein. In allen Schaltern erschienen die Köpfe der Angestellten und verniegteten sich demütig. Diese Stille herrschte im Kontor, nur vom dem Zischen der Gasflamme unterbrochen.

Der Portier nahm Großglück den Hut ab und half ihm ehrfürchtig aus dem Mantel. Der Bankier rieb sich die Hände und sagte, den pechschwarzen Bäckendart mit einem Finger glättend:

„Meine Herren, ein großes Unglück ist passiert.“  
„Doch nicht dem Herrn Rat, Gott verhö't's?“ fragte eine erschrockene Stimme.

„Was ist denn passiert?“ fragten alle, Beunruhigung heuchelnd.

„Was passiert ist? Ein großes Unglück, ein sehr großes Unglück.“ erwiderte Großglück mit weinerlicher Stimme.

„Haben wir auf der Börse verloren?“ sagte leise der Prokurist der Firma.

„Hat man dem Herrn Rat die schönen Amerikaner gestohlen?“

„Neben Sie kein dummes Zeug, Herr Kolmann.“ Der Bankier wurde ernst.

„Aber, was ist denn passiert, Herr Rat. Wir wird schon ganz schlecht.“ leckte Steumann.  
„Na, abgestürzt ist er...!“

(Fort. folgt)



## Das neue polnische Kabinett.

Warschau, 21. September. Die Warschauer Presse bringt die Mitteilung, daß Kucharski sich entschlossen habe, die Leitung des Kabinetts zu übernehmen.

„Kurjer Polski“ berichtet, daß Kucharski Sonntag vormittag dem Regentenschoßrat seine Zustimmung zu der ihm angetragenen Mission erklärt habe. Der Regentenschoßrat wird die Kandidatur Kucharski den Zentralmächten zur Bestätigung vorlegen. Die Rekonstruktion des Kabinetts ist noch in dieser Woche zu erwarten, worauf die Einberufung des Staatsrates erfolgt.

„Kurjer Warszawski“ erklärt, daß nur Landwirtschaftsminister Dzierżyski und Justizminister Higersberger ersetzt werden sollen. Auch sei der Eintritt des Direktors der Seereskommission, des Prinzen Radziwiłł, wahrscheinlich.

Ueber die Konferenz Kucharski mit dem Volksklub meldet „Trybunał Poranny“: Obwohl auf dem Gebiet der sozialen Fragen die Ansichten Kucharski sich viel gemäßigter erwiesen hätten als die des Volksklubs, nahmen die Vertreter des Klubs gegenüber dem künftigen Premierminister eine wohlwollende Stellung ein. Beihielten sich jedoch in einzelnen Fällen freie Hand vor. Auch wurden gewisse Wünsche bezüglich der Zusammenfassung des künftigen Kabinetts vorgebracht.

Von besonderer Wichtigkeit wird sein — worüber noch nichts gemeldet wird —, welche Stelle Prinz Radziwiłł, der Unterhändler in Berlin und Wien, in der neuen Regierung einnehmen wird. Daraus werden sich leicht Rückschlüsse auf die Politik Polens gegenüber den Mittelmächten ergeben.

## Die Schlacht in Palästina.

### Türkische Frontverlegung auch am Jordan.

Konstantinopel, 21. September. Die schweren Kämpfe an der Palästinafront dauern fort. Die Engländer führen ihren Angriff mit besonderem Nachdruck zwischen Akko und der Eisenbahn. Zur Verklärung unserer Front geben unsere Kräfte auch östlich der Eisenbahn nach tapferer Abwehr aller feindlichen Angriffe beständig in neue Stellungen nördlich ihrer bisherigen Linien. Soust nichts Neues.

Konstantinopel, 22. September. Tagesbericht. An der Palästinafront vollziehen sich unsere Bewegungen, die wir auch am Jordan eingeleitet haben, in voller Mannhaftigkeit und Ordnung; unsere Nachhut leistet überall tapferen Widerstand. Aus einem in der Nacht vom 21. zum 22. September an der anatolischen Küste erschienenen feindlichen Flugzeuges wurde ein Flugzeug bei Kartal durch unsere Maschinengewehrfeuer abgeschossen. Die Insassen, ein englischer Hauptmann und ein englischer Oberleutnant, sind gefangen. Ein zweites feindliches Flugzeug fiel bei Kari Varnu in unsere Hand. Auf den übrigen Fronten keine Ereignisse von Bedeutung.

Englischer Seeresbericht aus Palästina vom 20. September. Der feindliche Widerstand ist überall zusammengebrochen, ausgenommen auf dem linken türkischen Flügel im Jordanale. Unser linker Flügel machte eine vollständige Drehung ostwärts von Nab und erreichte die Linie Abia—Pala—Wahabawajung Westwärts, auf beiden Seiten der Bahn und die aus dem Westen nach Nabun zu laufenden Landstrassen. Unser rechter Flügel ging durch schwieriges Gelände gegen erheblichen Widerstand vor, und erreichte die Linie Abia—Yibak 1/4 englische Meilen (2 Kilometer) nördlich von Al Muabir es Sawich zu beiden Seiten der Straße Jerusalem—Nabun.

Im Norden drang unsere Reiterei durch das Gebiet von Arwadon vor, besetzte Kazarab, Afule und Beisan und sammelte aufgefällige Massen feindlicher Truppen und Transporte auf, wie sie vom Süden her ankamen. Alle Wege zur Flucht, die dem Feinde offen gehalten hatten, mit Ausnahme der Fucien durch den Jordan zwischen Beisan und Jisr ed Damieh waren für ihn verschlossen. Östlich vom Jordan hatten arabische Streifzüge des Königs von Hedschas zahlreiche Verwundungen an der Eisenbahn von Deraa ausgeführt und verschiedene wichtige Brücken einschließlich einer über den Jarmak waren zerstört worden.

Englischer Seeresbericht aus Palästina vom 22. September. Am 21. September 9 Uhr abends schwenkte die Infanterie auf unserem linken Flügel mit dem Drehpunkt zu ihrer linken bei Beisan, fünf englische Meilen (8 Kilometer) Ost zu Nord von Dulleran. Sie hatte die Linie Beisdejan, fünf Meilen südlich Kaulus—Samaria—Jisr Jusur erreicht, indem sie den Feind westlich der Straße Jerusalem—Nabun vor sich her in die Arme unserer südlich von Jenin und Beisan operierenden Kavallerie trieb. Andere feindliche Truppenkörper suchten vergeblich in das Jordantal in Richtung Jisr-ed-Damie zu entkommen, das nach von unseren Truppen gehalten wurde. Diese Truppenkörper erlitten schwere Verluste durch unsere Luftstreitkräfte, die sie andauernd mit Bomben und Maschinengewehrfeuer aus geringer Höhe beunruhigten. In der Nähe des Sees Tiberias hielten unsere Kavallerieabteilungen Kazarab und die Bahn- und Straßenübergänge über den Jordan bei Jisr-ed-Damie. Achtzehntausend Gefangene sind gezählt und 120 Geschütze zusammengebracht.

## Zwischen Cerna und Wardar.

Sofia, 22. September. Bulgarischer Seeresbericht über die Operationen vom 21. September. Vom Skumbi bis zur Cerna war das beiderseitige Artilleriefeuer an mehreren Punkten zeitweise sehr heftig. An der östlichen Cerna waren unsere Einheiten mehrere serbische Abteilungen durch einen Gegenangriff zurück. Im Winkel zwischen der Cerna und dem Wardar dauern die Kämpfe mit großer Erbitterung an. Nachdem im Laufe der letzten Tage heftige englisch-griechische Angriffe gegen unsere Stellungen am Doiransee durch tapfere Truppen aus Derosol und Sifiso blutig abgeschlagen worden waren, hat die Kampflosigkeit an dieser Front an Stärke abgenommen. Im Strumatale Parovallenszusammenstoß im Vorgelände.

Frankösischer Orientbericht vom 21. September. Im Laufe des 20. September brachen die französisch-serbischen Armeen auf dem Droschawitsko-Rassio den ernsthaften Widerstand der durch deutsche Truppen verstärkten bulgarischen Nachhut. In Zusammenhang ihres Erfolges überschritten sie in nördlicher Richtung den Sezer und erreichten gegen Morgen Demir Kapu. Der Feind führt zahlreiche Verwundungen gegen Gradsko zu und in der Wardar- und Doiranseegegend aus, wo er Bahnhöfe, Munitionslager und Flugplätze in Brand gesetzt hat. Die Zahl der Gefangenen und der erbeuteten Geschütze wächst. Die serbischen Truppen bemächtigen sich insbesondere einer vollkommenen Montagnegruppe und einer Batterie Kaliber 105 Zentimeter. Die Flieger setzen weiterhin den feindlichen Rückwärtsschritten zu. In der Gegend östlich der Cerna begannen der Feind sich zurückzuziehen und die alliierten Truppen nahmen Chanis und Orle. In der Gegend nördlich und nordöstlich des Dschamassius sehen die französisch-griechischen Truppen in Verbindung mit den serbischen Armeen ihren Vormarsch fort.

Italienischer Bericht vom 22. September. Im Cerna-Segen begannen unsere Truppen im Zusammenhang mit der allgemeinen Offensive der Verbündeten gegen ihren kraftvollen Vormarsch nach Norden und bemächtigten sich der ersten feindlichen Stellungen.

## Die deutschen U-Boote an Amerikas Küste.

Bern, 22. September. Die amerikanischen Blätter von Mitte August berichten tagtäglich über erfolgreiche Operationen der deutschen U-Boote an der Küste von Amerika. Sie scheinen es besonders wegen des Brennstoffmangels der Entente-Länder namentlich nach Europa bestimmte Petroleumdampfer abgejagt zu haben, aus denen sie gewöhnlich vor der Versenkung den eigenen Delbedarfergängen. „New York Times“ vom 20. 8. erzählt amtl., daß die U-Boote zwei Kabelverbindungen zerstörten, und zwar bei Beginn der Operationen ein amerikanisches nach Westindien, ferner Mitte August ein französisches nach Bestindien. Beide seien inzwischen ausgebessert worden. „Evening Post“ vom 21. 8. berichtet, daß ein U-Boot den amerikanischen Dampftrawler Triumph kaperte, ihn mit einer Besatzung, Kanonen und Funkenapparat besaß und daß Triumph dann auf den Neufundlandbänken bis dahin drei Fischerboote zerstörte. Alle Zeitungen bringen die sensationelle Geschichte, wonach der Kapitän des versenkten amerikanischen Schiffes, der auf dem U-Boot gefangen gewesen sei, kurze Zeit darauf in einem New Yorker Wirtshaus den Offizier des U-Bootes wiedererkannte, der offenbar in einem Halbboot gelandet war, um Informationen zu sammeln. Nach einer anderen Geschichte sagte ein U-Bootoffizier den gefangenen Amerikanern, daß er zwei Tage vorher ein New Yorker Theater besucht habe. Er zeigte die Abschnitte einer Eintrittskarte mit dem entsprechenden Datum vor.

## Kriegssteuern in Amerika.

Washington, 21. September. Das Repräsentantenhaus hat mit 350 gegen 7 Stimmen die Einkommensteuervorlage angenommen, die 1600 Millionen Dollar einbringen soll. Die Vorlage geht jetzt an den Senat.

## Staatssekretär v. Stein über Uebergangswirtschaft.

### Kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege!

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes v. Stein hielt an die Bremer Handelskammer gestern eine Ansprache, in der er sich entschieden gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege aussprach. Würde er aber kommen, so würden die Deutschen auch hier ihren Mann stehen.

Der Staatssekretär ging dann auf Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft ein, die er nach dem Schema „einerseits — andererseits“ behandelte. Die wirtschaftlichen Zwangseinrichtungen seien unbeliebt, aber notwendig gewesen. Ein nicht zu behebendes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage habe das regelnde Eingreifen des Staates erzwungen. Sei der Markt wieder offen, so daß vom freien Spiel der Kräfte wieder geredet werden könne, „dann sollen diese Kräfte sicher nicht gehindert werden, dem allgemeinen Besten zu dienen“. Mit schrankenloser Freiheit des Einzelnen gehe es freilich auch dann nicht. Es handele sich um Fragen der Massen und der Form, über die man sich „unter verständigen Leuten verständigen“ könne.

Die Umverwandlung des Feldheeres in ein Arbeiterheer stelle den Staat vor große Aufgaben.

Soziale Probleme von ungeheurer Größe warten hier der Lösung, von denen ich nur an Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge, an Lohnfragen und Arbeitsbedingungen erinnern will. Welche Umwälzung wird es allein bedeuten, wenn die heimkehrenden Feldgrauen wieder die Arbeitsplätze begehren, die inzwischen von Frauen eingenommen worden sind. Behörden, Unternehmer und Arbeiter werden zusammenwirken müssen, um diese Umstellung so zu bewerkstelligen, daß der innere Friede nicht gestört wird.

Herr v. Stein sprach dann auch über die große Bedeutung der Arbeitskammern, in denen sich die Erfahrung von Unternehmern und Arbeitern vereinige, sagte aber nicht, wie eine Einigung über diese wichtige Institution zwischen Reichstag und Regierung zu erzielen sei.

## Helfferich — entbunden.

Berlin, 23. September. Wie BW meldet, ist Staatsminister Dr. Helfferich seinem Antrage entsprechend von dem Auftrag der Wahrnehmung der diplomatischen Vertretung des Reichs bei der Regierung der russischen föderativen Sowjet-Republik entbunden worden. Auf Wunsch des Reichskanzlers hat er sich bereit erklärt, seine frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen und die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorarbeiten für die Friedensverhandlungen weiter zu führen.

Daß Herr Helfferich ab und zu entbunden wird, liegt ja im Wesen seiner vielseitigen Tätigkeit; dem Volke aber wäre lieber, er wäre endlich verschwunden. Denn wenn er bei seiner jetzigen Tätigkeit dem Frieden ebenso „vorbereitet“, wie er das in Rußland zusammen mit dem General Hoffmann getan hat, dann werden wir auf Friedensverhandlungen lange warten können.

Eine nachträgliche Frage: Was konnte der Staatssekretär des Auswärtigen eigentlich für einen Mann fürchten, der, wie sich doch deutlich zeigt, von seiner Macht der Welt umzubringen ist?!

## Abbau der Zwangswirtschaft!

### Teilweise Freigabe des Eierverkaufs.

Vor Monaten hatte, wie erinnertlich, der Abg. Köfide den Antrag gestellt, einen Abbau der Zwangswirtschaft dergestalt vorzunehmen, daß man jedem Erzeuger ausbitt, eine bestimmte Menge verschiedener Arten von Lebensmitteln zu liefern und ihm dann gestattet, den überschüssigen Teil freihändig zu verkaufen. Vom Reichstag, den Vertretern der Verbraucher und den Vertretern der Städte ist damals dieser Antrag sehr lebhaft bekämpft worden. Es wurde dagegen eingewendet, daß bei Annahme des Antrages das ganze System der Rationierung erheblich leiden könnte. Was damals abgelehnt wurde, scheint jetzt durchgeführt werden zu sollen, ohne daß eine neue Stellungnahme der in Betracht kommenden Körperschaften erfolgt wäre. Eine Lokalforschung verbreitet darüber folgende Mitteilung:

Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat eine Verordnung erlassen, worin es heißt: Die im laufenden Wirtschaftsjahr bei der Sammlung der Eier in Preußen bisher erzielten durchschnittlich befriedigenden Ergebnisse klaffen die Möglichkeit, Erleichterungen der öffentlichen Eierbewirtschaftung eintreten zu lassen, die dringenden Wünschen sowohl der ländlichen wie auch weiter Kreise der städtischen Bevölkerung entgegenkommen. Ich bestimme daher: Geflügelhalter, die ihre Ablieferungsobligation an Eiern für das Wirtschaftsjahr 1918 erfüllt haben, dürfen weitere aus eigener Geflügelwirtschaft gewonnene Eier (Weberschnecker) unmittelbar an Verbraucher zum Kleinhandelsverkaufspreis frei absetzen. Uebernehmer sind bei Ablieferung an die Sammelstellen oder Aufkäufer des Kommunalverbandes mit einem Zuschlag von 10 Pf. je Ei zum jeweiligen Erzeugerhöchstpreis zu vergüten. Diese Bestimmungen gelten bis zum 31. Januar 1919.

Bekanntlich hat diese Maßnahme, dann liegen die Dinge so: Der Reichstag, die Städte und die Verbraucher lehnen ein Eingehen auf den Antrag Köfide ab, sie bekämpfen ihn lebhaft, da sie eine nachteilige Wirkung für die Rationierung befürchten. Der preussische Staatskommissar für Volksernährung fühlt sich aber veranlaßt, den Wünschen der Landwirte nachzugeben und nun doch die bekämpften Maßnahmen durchzuführen!

Die Verbraucher müssen diese Berücksichtigung der agrarischen Interessen wie einen Faustschlag ins Gesicht empfinden und den Einbruch gewinnen, daß ihre Interessen in den maßgebenden Ernährungsstellen sehr arg vernachlässigt werden. Es war wünschenswert, wenn sich der Ernährungsbeirat schlüssig mit der ganzen Angelegenheit beschäftigte.

## Er lernt noch immer!

Helsingfors, 21. September. Minister Ojelt, der am 19. von einem Besuch bei dem Prinzen Friedrich Karl zurückgekehrt ist, äußerte sich sehr befriedigt über den Besuch. Der Prinz bereite sich mit Ernst und großem Interesse auf seine Aufgabe vor und habe bereits mit dem Studium der finnischen Sprache sowie von Finnlands Geschichte, Geographie und Staatsrecht begonnen.

Wenn Prinz Friedrich Karl statt aus den Büchern aus den Beiereignissen lernen wollte, so — hörte er auf zu lernen!

## Jeftinnstöne.

Angesichts der Regierungskrise schlägt ein Teil der rechtsstehenden Presse Töne an, die an der Zurechnungsfähigkeit ihrer Urheber zweifeln lassen, wenn dahinter nicht das erkennbare Streben läge, den totalen Zusammenbruch der alldeutschen Politik durch hysterische Ausbrüche zu verbergen.

An der Spitze dieses Lobens stehen der „Wund der Vater-treuen“ und der „Preußenbund“. Ihre Kundgebungen entziehen sich der Biedergrube, hier bleibt wirklich nur die Alternative: Anzurechnungsfähige oder — schlimmeres!

Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt ihren neuesten Kampfsartikel „Unsere Caudillarie“, und die „Deutsche Zeitung“ nennt Bayerns Stuttgarter Rede ein „politisches Verbrechen“. Die „Berl. N. N.“ haben es auf Mißdeutung abgesehen, sie jammern laut, daß die Rechte „an die Wand gequetscht“ werde — wer weint da nicht? —, sie zetern über „tyrannische Parteiherrschaft“ und „krasseste Parteidiktatur“. Nun wissen wir's endlich: Die Alldeutschen wollen das deutsche Volk vor Tyrannen und Diktatur retten!

Leider klappt in diesem Punkte die Magie nicht. Denn die „Deutsche Tageszeitung“ ruft zu derselben Stunde noch einem Diktator:

„In Deutschland ist vielleicht der größte Mangel das Fehlen eines solchen Mannes mit den erforderlichen Vollmachten. Wäre er da, so würde es mit dem Deutschen Reich anders aussehen und alle Sorge und Herabstimmung vor froher und fester Aufsicht verschwinden und viele eingebildete Größen im Innern, wenn auch vielleicht fauchend und vergeblich sich wehrend, auf ihre natürlichen Dimensionen zurückgeführt werden.“

Und, o Ironie der Weltgeschichte, auch der „Deutschen Zeitung“ kommt plötzlich die Erleuchtung, daß wir den Wilson, Lloyd George und Clemenceau (hat diese nicht die Demokratie hervorgebracht?) keinen gleichwertigen Staatsmann entgegenzusetzen hätten!

In diesen Treibereien darf natürlich auch der schwerindustrielle „Lokal-Anzeiger“ nicht fehlen, der sich bereits auf die Defaitisten-Road macht. Das andere Scherblatt hat deutsche Defaitistenverschönerungen — es schreibt „defaitistische deutsche Kreise“ — im Haag und in Kopenhagen entdeckt, wobei plötzlich der Name des Grafen Brodhorff-Konau genannt wird — natürlich ganz ohne Rücksicht! Die „Deutsche Tageszeitung“ wird noch massiver: im Lager der Reichstagsmehrheit „stehen und arbeiten unsere Feinde“.

Natürlich wird auch das übliche Geheul über den „Rachhunger“ und „Parteiorgasmus“, die „Anerkennung“ der Sozialdemokratie angestimmt. Die „Deutsche Tageszeitung“ schmeißt bereits mit der Ankage der „Freigabe des Vaterlandes“ um sich.

Den Herren kann nur erwidert werden, daß die jetzige Situation am allerwenigsten verlockend aussieht, um etwaigen „Rachhunger“ zu stillen. Für die Sozialdemokratie habe es vom Partei-standpunkt gar nichts Bequemeres und Günstigeres als denen, die die Verantwortung für das Verhängnis tragen, auch die Verantwortung für das Kommen des zuzufrieden. Wenn sie die Frage einer Beteiligung an der Regierung nur erwägt, so kann gerade in diesem Falle nichts als die aufrichtige Sorge um Fortbestand und Zukunft des deutschen Volkes das treibende Motiv sein.

## Die Nationalliberalen für die Regierung.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hielt am Montag nachmittag eine Fraktions-sitzung ab. Wie die „National-Zeitung“ berichtet, steht die Fraktion nach wie vor auf dem Standpunkt der Regierung Hertling-Friedberg-Bayer und sieht keinen Grund, in ihrer Haltung eine Aenderung vorzunehmen. Namentlich ist sie der Ueberzeugung, daß die Angriffe gegen den Reichskanzler an der Haltung der Zentrumsmehrheit scheitern werden. — Das letztere bleibt abzuwarten.

Bundesrat, Mieterschutz und Wohnungsmangel. Berlin, 23. September. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden die Entwürfe a) einer Bekanntmachung über Aenderung der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter, b) einer Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel angenommen.

Noch einmal: Dreihundert Prozent am Staat verdient. Die Zepfelmacher Lindau teilen und mit: Die in mehreren Zeitungen im Anschluß an eine Sitzung des Schlichtungsausschusses in Kempten verbreitete Nachricht von hohen Kriegsgewinnen unserer Gesellschaft beruht leider auf einem Irrtum. Die Angabe, daß der Verkaufspreis für Schwimmer, deren Selbstkostenpreis 15 000 M. betrage, 60 000 M. sein soll, ist leider irrig. Er beträgt nur 16 000 M.

## Letzte Nachrichten.

### Unterdrückten-Empfang bei Wilson.

Washington, 22. September. (Neuer.) Ein Komitee zur Vertretung der unterdrückten Nationalitäten Oesterreich-Ungarns wurde am Freitag nachmittag vom Präsidenten Wilson im Weißen Hause empfangen. Ingegen waren Professor Masaryk, der Präsident des tschechoslowakischen Nationalrats, Ignaz Paderewski als Vertreter des polnischen Nationalausschusses sowie Vertreter der Jugoslawen Rumänen und Italiener. Masaryk erzählte Wilson von dem Vertrauen, das diese Völker auf ihn setzten. Ihre Hoffnung auf die Zukunft liege bei ihm. Paderewski betonte, Oesterreich-Ungarn sei keine Nation, nicht einmal ein Staat, sondern einfach eine bankrotte Firma, bankrott an dem Vertrauen der Welt und seiner eigenen Völker. Der Präsident sprach unformell und in sympathischem Sinne über Amerika's Haltung gegenüber den unterdrückten Völkern, nicht nur Oesterreich-Ungarns, sondern der ganzen Welt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lohnbewegung der Staatsarbeiter beendet.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist in den Spandauer Staatsbetrieben zwischen dem Kriegsdienst, Waffen- und Munitionsbeschaffungsmaterial und den Arbeiterausschüssen doch eine Verständigung über die neue Lohnordnung erzielt worden.

Bekanntlich hatten die Arbeiterausschüsse den Schlichtungsausschuss angerufen, weil sie mit den Anforderungen nicht einverstanden waren. Der Schlichtungsausschuss hatte in einem Schiedsspruch erklärt, daß zwischen Wamba und den Arbeiterausschüssen erst einmal direkte Verhandlungen stattfinden müssen, und erst wenn diese zu keiner Verständigung führen, sollte der Schlichtungsausschuss erneut zu der Frage Stellung nehmen.

Der gleiche Wunsch ist ja auch von der Massenversammlung der Staatsarbeiter im Ritzus Busch geäußert worden. Wamba hat nun diesem Verlangen entsprochen, und es hat auch eine Verhandlung stattgefunden, an der neben Vertretern des Wamba die Vertreter der Arbeiterausschüsse, je ein Vertreter der Angestelltenausschüsse, die Vertreter der Organisationen und die Vertreter der Institute teilgenommen haben.

In dieser Verhandlung wurde nun eine Verständigung dahin herbeigeführt, daß für die Arbeiter der Lohnklasse B. 1 der Stundenlohn um 10 Pf. auf 2,20 M. erhöht wird. Für die Arbeiter der Lohnklasse B. 2 trat ebenfalls eine Erhöhung um 10 Pf. auf 1,80 M. für die Stunde ein. Die Klasse B. 3 wurde geteilt, und die Gruppe a erhielt eine Erhöhung um 20 Pf. auf 1,60 M., die Gruppe b eine Erhöhung um 10 Pf. auf 1,30 M. für die Stunde. Die beiden Lohnstufen für Arbeiterinnen erfahren ebenfalls eine Erhöhung um 10 Pf. auf 1,10 M. bzw. 95 Pf.

Außerdem wurde zugestanden, daß diese Zeilohnsätze gemäß der alten Lohnordnung von 1904 um 15 bis 20 Proz. erhöht werden sollen, wenn es sich um Betriebsarbeiten handelt, die ihrer Natur nach nicht zur Ausführung im Städtelohn geeignet sind und daher im Zeilohn ausgeführt werden müssen. In diesem Falle wird den handwerklich ausgebildeten Arbeitern ein Zuschlag von 15 bis 20 Proz. zu den Zeilöhnen gewährt.

Die Städtelohnklassen wurden nicht erhöht, bleiben also nach der Verfügung vom 27. Juli in Kraft, jedoch werden die Abfordrungen rückgängig gemacht und den Arbeiterinnen die abgezogenen Beträge rückwirkend vom 1. März d. J. ab nachgezahlt.

Auch bezüglich der Vorarbeiter wurden vom Wamba entsprechende Verbesserungen ausgehandelt, deren Ausführung im einzelnen zu weit führen dürfte.

Nach dieser im Wamba stattgehabten Verhandlung nahmen die gesamten Arbeiterausschüsse und Funktionäre der Organisationen zu diesem Ergebnis Stellung und beschloßen, dieser neuen Lohnordnung mit Freigabe zuzustimmen.

In der Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß die gesamten Arbeiter, die seit lange angestrebte Verbesserung nur zum geringen Teil erhalten haben, daß aber trotzdem auch diese Arbeitergruppen der Lohnordnung zustimmen, weil für die am schlechtesten gestellten Arbeitergruppen und insbesondere die ungelerneten Arbeiter wesentliche Aufbesserungen erfolgt sind.

Dieser Entschließung der Arbeiterausschüsse haben die inzwischen stattgefundenen Betriebsversammlungen ebenfalls zugestimmt, und damit kann die ganze Angelegenheit als erledigt angesehen werden.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß noch einige Unstimmigkeiten in den einzelnen Instituten bestehen, jedoch ist in der Verhandlung im Wamba ausdrücklich erklärt worden, daß die Betriebsleitungen die neue Lohnordnung lokal auslegen sollen, so daß erwartet werden kann, daß auch diese zurzeit noch bestehenden Differenzen in zufriedenstellender Weise ihre Erledigung finden.

### 240 000 Mark Lohnnachzahlung.

In der Oberlausitz waren in den Baumwollwebereien die Arbeiter schon seit langem mit ihren Verdiensten unzufrieden. Auf Drängen der dort vorhandenen Arbeiterorganisationen kam es wegen der Lohnfrage zu Verhandlungen mit den Höchstleistungsbetrieben. Die Arbeiter waren durch Abgeordnete des Deutschen Textilarbeiterverbandes und des christlichen Textil-arbeiterverbandes vertreten. Es handelte sich um Seerearbeitskräfte, für die von den maßgebenden Stellen gewisse Mindestlöhne beansprucht worden waren, und es machte große Schwierigkeiten, dem einzelnen Weber die in 15 Monaten von ihm auf mehreren Stühlen gewickelten Meter zu berechnen und danach festzustellen, was er an Lohn zu wenig erhalten habe, zumal verschiedene Artikel zu berücksichtigen waren, auf die infolge schlechten Materials schon Zulage gewährt worden war und die von einer Nachzahlung ausgeschlossen werden sollten. Die daran beteiligten Weber wären also von der Lohnerrhöhung und Lohnnachzahlung ausgeschlossen gewesen, wenn

nicht eine andere Regelung getroffen worden wäre. Diese Regelung besteht darin, daß den Webern pro Woche 2 M., den anderen 1,50 M., den Jugendlichen 1 M. gewährt wird. Die Löhne der Angestellten wolle die Firmen auf ihre Kosten wöchentlich um 2 M. erhöhen. Die Nachzahlung beträgt für die Weber in den Neugeschaffenen Betrieben 158 M., für die anderen Arbeiter 110 M., für die Jugendlichen 75 M., für die Angestellten 180 M. Im ganzen werden etwa 240 000 M. nachgezahlt sein, die in den Taschen der Unternehmer geliebt wären, wenn keine Organisationen vorhanden gewesen wären, die sich der Sache angenommen hätten.

Einmalige Teuerungszulagen sind den städtischen Bureauhilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen in Spandau bewilligt. Die Stadtverordnetenversammlung ging über den Antrag des Magistrats erheblich hinaus und bewilligte folgende Beträge: nach dreimonatiger Beschäftigung Verheiratete 200 M., Ledige 150 M., nach 1-2-jähr. Verheiratete 300 M., Ledige 200 M., nach 2-3-jähr. Verheiratete 400 M., Ledige 275 M., über 3-jähr. Beschäftigung Verheiratete 500 M., Ledige 350 M.

## Parteinachrichten.

### Eine Kundgebung für den Völkerverbund

Am Sonntag von der Sozialdemokratie im städtischen Bürgerhaus zu Köln veranstaltet. Der Androna war Karl Reichsgerichtsabgeordneter Meerfeld sprach über die Bedeutung der großen Versammlung. In demselben Jahre hatten während des Krieges Fuhrmann, Danneberg und Tietz geredet. Meerfeld zitierte Stellen aus ihren Kölner Reden, die bewiesen, wie gründlich die Herren vorbeiprophetisiert haben. Auch in Köln seien die Arbeiter nun mündig geworden. Mit Reden, die noch vor einigen Monaten Beifall gefunden hätten, würden sie in Köln vor keine Versammlung mehr treten können. Unter freudiger Zustimmung forderte Meerfeld die Demokratisierung Preußens als Vorbedingung für den Völkerverbund. Im Rheinland sei der Völkerverbund nie heimlich geworden. — Es traten zahlreiche Personen der Partei bei. Von einer Broschüre des Genossen Gaenisch: „Im neuen Deutschland“ wurden 1000 Stück verkauft.

### Ein sozialistischer Senator in Altona.

Im Juli d. J. wurde Genosse Thomas mit großer Mehrheit zum unbesoldeten Senator gewählt. Verschiedene Bürgerliche legten aus formalen Gründen gegen die Wahl Protest ein, der jedoch von der Präsenzationskommission einstimmig abgewiesen wurde. Die bürgerlichen Protestler, die sich mit dem ablehnenden Bescheide nicht zufrieden gaben, machten nunmehr ihren Einspruch beim Regierungspräsidenten in Schleswig geltend. Der Regierungspräsident hat aber nunmehr auch den Einspruch endgültig abgewiesen. Genosse O. Thomas, der seit mehreren Jahren Stadterordneter ist, ist der erste sozialdemokratische Senator in Altona.

## Industrie und Handel.

### Zölle und Währung.

Eine äußerst wichtige Verordnung hat die österreichische Regierung erlassen. Nach dem geltenden Zolltarifgesetz müssen die Zölle in Gold gezahlt werden — das hatte bis zum Kriege wenig Bedeutung, weil eben die von der Oesterreichisch-Ungarischen Bank ausgegebenen Noten (Banknoten) so viel Wert wie Gold, eigentlich Zeichen für Goldgeld waren. Nun hat die Regierung mit einer Verordnung bestimmt, daß fortan die Zölle statt in Goldmünzen in Banknoten gezahlt werden können. Aber man wird da die Banknote nicht als Goldanweisung nehmen, sondern es wird ein Aufschlag eingehoben, der „nach Bedarf von Zeit zu Zeit“ festgesetzt werden wird. Er ist bis auf weiteres mit 150 Proz. festgelegt worden; das heißt, daß man fortan, wo man nach dem Zolltarif 10 Kronen in Gold zu zahlen hätte, in Banknoten 25 Kronen zu zahlen haben wird. Praktisch bedeutet das einfach eine Erhöhung der Zölle um hundertfünfzig Prozent! Im Augenblick wird das vielleicht praktisch keine große Bedeutung haben, weil die Zölle auf die meisten Lebensmittel überhaupt aufgehoben sind und die Einfuhr von Luxuswaren verboten ist und sonst nicht viel eingeführt wird; das hebt aber die Bedenken der Maßregel natürlich nicht auf. Sachlich befugt es, daß die Regierung die Minderwertigkeit der sogenannten Banknoten — das in Wahrheit nur ein gemeines Papiergeld ist — selbst bekräftigt: was früher einen Wert von 25 Kronen enthielt, ist jetzt nur 10 Kronen wert!

### Ein russischer Kupfertrust.

Mit der Nationalisierung der Tula'schen Kupferwerke, und der Kollschagin'schen Kuppelwerke taucht vor dem Obersten Volkswirtschaftsrat die Frage einer richtigen Organisation der Kupferindustrie der Republik auf. Es ist nach der VVA die Bildung eines nationalen Trusts vorgesehen, welcher die gesamte Kupferindustrie auf dem Wege der Nationalisierung aller Kupferwerke und Kuppelwerke vereinigen soll.

## Berichtszeitung.

### Der Fall v. Eberstein.

Der Schweinefleischhandel auf dem Dominium Düppel, dem Prinzen Friedrich Leopold gehörig, durch den prinzipalen Administrator Ernst v. Eberstein unterlag der Nachprüfung der 1. Strafkammer des Landgerichts II. v. Eberstein stand seinerzeit vor dem Schöffengericht Berlin-Niederfeld unter der Beschuldigung, fortgesetzt Schlachtschweine, die nur an die von der Landeszentralbehörde mit der Viehabnahme beauftragten Stellen verkauft werden dürfen, an Privatpersonen verkauft zu haben und dabei die Höchstpreise erheblich überschritten zu haben. Mit Herrn v. E. waren auch der Schlächter Otto Haseloff, der den Verkauf von zwölf Schweinen an den Schweinemäster Anton Grucze vermittelt hatte und der Schlächter Gustav Griep, der dem Grucze Geld zu diesem Kauf vorgestreckt hatte, angeklagt. Entgegen den auf Geldstrafe lautenden Anträgen des Staatsanwalts hatte das Schöffengericht Berlin-Niederfeld die Angeklagten zu Gefängnis verurteilt. — Gegen dieses Urteil hatten die Verteidiger Berufung eingelegt. — Die Berufungsaufnahme erstreckte sich zunächst auf 5 Fälle, in welchen an diese und jene Privatperson Schweine aus dem Rittergut Düppel verkauft worden sind. Es handelte sich dabei um die Erörterung der Frage, zu welcher Zeit diese Verkäufe stattgefunden haben, ob sie über 120 Pfund wogen und ob es sich um Schlachtschweine oder Futter-schweine handelte. Es konnte nicht völlig aufgeklärt werden, wann die Schweine gezeugen und wann sie gekauft sind. Was die an Haseloff verkauften 12 Schweine betrifft, so behauptete v. Eberstein unter Bestätigung durch Haseloff, daß diesem nicht Schlachtschweine, sondern Zucht-schweine verkauft worden seien. Wenn unter dem von ihm ausgeführten Schweinen sich auch einige kastrierte befanden, so könne er nicht dafür, denn die Abnahme sei in keiner Weise erfolgt. — Staatsanwalt Assessor Hübner hielt es für zweifelhaft, daß es sich um den Verkauf von Schlachtschweinen und nicht von Zucht-schweinen gehandelt habe. Es rechtfertige sich auch eine schwere Strafe, da solche Schiebungen sehr gefährlich seien, denn sie sowohl die Geheimhaltungen seien schuld daran, wenn unsere Fleischversorgung so schlecht ist. Zu Hundertausenden geben darauf betrübliche Anzeigen ein, und wenn Verwalter großer Güter nicht einmal vor solchen Schiebungen zurücktreten, so grenze dies an Landesverrat, weil dadurch unsere innere Front ins Wanken gebracht werden kann. — Der Gerichtshof hob das erste Urteil auf und verurteilte unter Freisprechung in allen übrigen Fällen v. Eberstein in dem einen Haseloff'schen Falle zu 3000 M., Haseloff ebenfalls zu 3000 M., Grucze und Griep zu je 1500 M. Geldstrafe. In diesem einen Falle hielt das Gericht eine Ueberschreitung der Höchstpreise für vorliegend.

## Aus aller Welt.

### Schwere Epidemien in Spanien.

Bern, 22. September. „Nouveliste de Lyon“ meldet aus Madrid: Der Unterstaatssekretär des Innern gab eine Erklärung ab, daß der Gesundheitszustand sehr wenig befriedigend sei. Die Grippe sowie die Fieberepidemie dehnten sich sehr schnell aus.

Rückführung von Leichen Gefallen. Die Rückführung von Leichen Gefallen wird gestattet für den Westen schon jetzt, für den Osten vom 1. Oktober an. Auch die Rückführung von Leichen Gefallen aus Mazedonien ist nunmehr erlaubt; die vom italienischen Kriegsschauplatz, aus der Türkei, aus der Ukraine und aus Finnland ist bis auf weiteres nicht zulässig.

### Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiterjugend, Abt. Kestöln. Morgen abend 8 Uhr im Jugendheim, Berliner Straße 88/87: Vortrag des Herrn Bauer: „Erfolge in Amerika“.

Verantwortlich für Politik: Erich Dattner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Neufahrn; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin; Verlag: Verlagsgesellschaft m. b. H. Berlin, Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. in Berlin, Lindenstraße 3, Clara 1. Telefon und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.  
Deutsches Theater.  
7 Uhr: Macht der Finsternis.  
Kammerspiele.  
7 1/2 Uhr: Eine glückliche Ehe.  
Kleines Schauspielhaus.  
Fasanenstraße 1, Portal 5.  
7 1/2 Uhr: Der Weibsteufel.

Volkshöhne  
Theater am Bülowplatz.  
Direktion Friedrich Kayll.  
7 1/2 Uhr: Naß für Naß.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.  
Theater am Königgrätzer Str.  
8 Uhr: Erdgeist.

Komödienhaus  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Berliner Theater  
7 1/2 Uhr: Blutsblauer Blut.

Trianon-Theater  
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4027. 2301  
Heute 8 Uhr zum 294. Male:  
Der Lebensschiller.  
Morg. 1/2 kl. Pr. Rotkappchen.  
Sonnab. 1/2 kl. Pr. Preis:  
Schneewittchen.  
Sonntag 1/2 kl. Pr. Preis:  
Johannistener.

National-Theater.  
1/2 Cöpenicker Str. 68. 1/2 8  
Der große  
Operettenerfolg!  
Prinzenliebe.  
Musik von Walter Bromme.  
Sonntag 2 1/2 Uhr: Häuschen.

Theater der Friedrichstadt.  
Ecke Friedrich- u. Linienstr.  
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8650.  
Kaiserplatz 3, 1 Tr.  
Ein lust. Stück m. Musik v. Louis.  
v. Müllendorff. Georg. L. Holms.  
Sonntag 2 1/2 Uhr: Jugend.

### Theater für Dienstag, 24. September.

Central-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Nase von Stambul.

Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Der eiserne Heiland.

Friedrich-Wilhelmst. Theater  
7 1/2 Uhr: Hannerl.

Kleines Theater  
7 1/2 Uhr: Der Einsame.

Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus  
Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.

Palast-Theater  
7 1/2 Uhr: Der Stralauer Fischzug.

Neues Operettenhaus.  
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Residenz-Theater  
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Th. Charl.  
7 1/2 Uhr: Pfarrer von Kirchfeld.

Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde.

Theater am Nollendorfsplatz  
7 Uhr:

Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe  
mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater  
7 1/2 Uhr: Graf Rabenichts.

### Theater am Kottbuser Tor

Kottbuser Straße 6.  
Leitung: Ferdinand Wagner.  
Neue Kunst im neuen Rahmen.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die große Varieté-Schau  
mit Heinrich Zille's Originalentwürfen der Bühnendekorationen: Alt-Berliner Weihnachtsmarkt. — Stralauer Fischzug. — Kaschemma. — Freibad usw. Unter Mitwirkung von Anna Müller-Lincke sowie des königl. niederländ. Hofballettmeisters Otto Jaekel mit seinem Ballett-Ensemble. Texte von Hermann Frey. Musik von Franz Schmidt-Hagen. Dirigent der Komponist.  
Außerdem: Willi Lillie, Hugo Roussell, Ino Trautmann, Robert Wiese sowie erste-klassige Schauspieler.  
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Tageskasse von 10 1/2 — 1 1/2 Uhr und ab 5 Uhr.



Lichtspiele  
in der  
Concordia, Andreasstr. 64.

### Die Heimatlosen

Ein Schicksalsbild in 6 Akten mit  
Leontine Kühnberg und Max Rubek  
in den Hauptrollen.

### Herrliche Gesangseinlagen

und das übrige glänzende Programm mit  
Eva Speler und Theodor Loos.  
Großes Orchester.  
Beginn 5 Uhr nachmittags.

### Rose-Theater.

Gastspiel-Ensemble Otto Gilzer  
3 1/2 Uhr: Maria Magdalena.  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

### Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr:  
Donauliebchen.

### Admiralspalast.

Die Prinzessin  
von Tragant.  
Wer ist die Schönste?  
Najdah.  
7 1/2 Uhr.

### Reichshallen-Theater.

Allabendlich 7 1/2 Uhr und  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Stettiner Sänger

### Circus Busch

Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
Das  
großartige Programm.  
Zum Schluß:

### Oberon.

Große Wasser-Pantomime  
in 5 Akten  
Daraus besonders hervorzuheben:

### Die großen Sturzwellen.

### WINTERGARTEN

12 Spezialitäten 12

Ranchen gestattet!

### Apollo

Friedrichstr. 218  
Dir.: James Klein.  
7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
September-  
Sensationen!  
Sherlock Holmes  
der mexikanische  
Ausbereckkönig.  
Leb. Porzellan.  
Rita Belmonte,  
die span. Schönheit,  
Vorverkauf an der  
Tagesk. 10-6 Uhr.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder  
Erwachs. 1 Kind freit

### KUKUK

Lichtspiele  
Berlin O.  
28 Große Frankfurter Str. 28  
a. d. Andreasstraße

### Die Glocke

Mit großem Gesang.  
Maria Fein  
Kaiser Titz  
im Drama  
Das Edelwild.  
Anfang 5 Uhr.

### Casino-Theater.

Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 8 1/2  
Der neue Schläger

Man lacht mal wieder!  
Berliner Hölle in 3 Akten.  
Vorher erkl. Spezialitäten.  
U. a.: Grete Linds Menschenaffen.  
Sonnt. 3 1/2: Ein fideles Huhn.

Zähne  
von 3 M. Tägl. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Gold-  
an schmerzlos. Umarb. schlechte Gebisse. Rep.  
Zahnarzt Wolf soL Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7.